

Info Nr. 8

Material

SERVICESTELLE
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT



TOWNS&DEVELOPMENT
LOCAL INITIATIVES FOR GLOBAL DEVELOPMENT
Kommunale Nord-Süd-Initiative (KNSI)

Synergien für kommunale Partnerschaften

Umsetzung der Erklärung der
Kommunen zum Weltgipfel
für nachhaltige Entwicklung

Dokumentation eines Fachgespräches vom 29. 10. 2003

Impressum:

Herausgeber:
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/InWEnt gGmbH.
Tulpenfeld 6, D-53113 Bonn
Fon ++49/228/2434-630, Fax++49/228/2434-635,
info@service-eine-welt.de, www.service-eine-welt.de
V.i.s.d.P.: Ulrich Nitschke

Material Nr. 8 – Publikationsreihe der Servicestelle
Projektleitung: Renate Wolbring
Text: Christel Schwiederski
Redaktion: Gunther Hilliges (KNSI); Ulrich Nitschke, Renate Wolbring (Servicestelle)

Titelgestaltung: CP/Compartner, Essen
Druck: Deller->Druck, Neuss
100% Recyclingpapier

Bonn, Dezember 2003

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers.

*Synergien für kommunale Partnerschaften.
Umsetzung der Erklärung der Kommunen zum Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung.*

Dokumentation eines Fachgesprächs vom 29.10.2003, Bonn

Inhalt

▶ Einführung: Synergien für kommunale Partnerschaften Gunther Hilliges / Ulrich Nitschke	7
▶ Ebenen:	
Kommunale Entwicklungspartnerschaften aus Sicht verschiedener Akteure	
Kommunale Partnerschaften aus Sicht des Deutschen Entwicklungsdienstes Kay Andraschko	9
Kommunale Partnerschaften aus Sicht von engagierten BürgerInnen Hildegard Peters.....	12
Kommunale Partnerschaften aus Sicht des Deutschen Städtetages Walter Leitemann	15
Kommunale Entwicklungszusammenarbeit aus Sicht des Klimabündnis' Gotelind Alber	17
Kommunale Partnerschaften aus Perspektive eines Bundeslandes Dr. Thomas Fues	19
▶ Ausblick:	
Synergien für kommunale Partnerschaften – Nächste Schritte	22
Anhang:	
Arbeitsfelder und Kooperationen im Rahmen der Städtepartnerschaft Wuppertal – Matagalpa	25
Protokoll des Workshops vom 11.09.2003 im Deutschen Städtetag, Köln: Beratungseinsätze durch Fachkräfte deutscher Städte und Gemeinden in der Entwicklungszusammenarbeit.....	27
Participa!eco – Multilaterale Partnerschaften für Kommunale Entwicklung / KATE e.V. Stuttgart	34
Publikationen	41
Über uns	43

*Das Fachgespräch wurde gemeinsam durchgeführt mit dem
Kommunalen Nord-Süd-Forum (KNSI).*

Wir bedanken uns sehr für die Zusammenarbeit.

► Einführung: Synergien für kommunale Partnerschaften

An dem Fachgespräch in Bonn beteiligten sich etwa dreißig Personen. Sie vertraten unterschiedlichste Institutionen und Organisationen: Landesregierungen, Kommunen, kommunale Verbände, Städtenetzwerke, politische Stiftungen, entwicklungs- und umweltpolitische Organisationen und Einrichtungen, die sich der Umsetzung kommunaler Partnerschaften widmen.

Gunther Hilliges, Vorsitzender der Kommunalen Nord-Süd-Initiative (KNSI), und Ulrich Nitschke, Leiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, eröffneten das Fachgespräch.

Erfolgreiche Entwicklungspolitik braucht mehr Zusammenarbeit

Was machen Kommunen im Bereich Entwicklungszusammenarbeit? Was können sie voneinander lernen? Und wie können Kommunen, Organisationen und andere Akteure sich besser vernetzen, um mehr zu erreichen und einen besseren Stand gegenüber der Politik zu haben? Diese Fragestellungen bildeten das Leitmotiv des Fachgesprächs.

Kommunale Nachhaltigkeitspartnerschaften existieren in vielen deutschen Städten und Gemeinden, oft mit beeindruckenden Aktivitäten und Resultaten. „Andererseits bekommen wir aus den Ländern des Südens Anfragen wegen Städtepartnerschaften, und oft ist es schwierig, eine deutsche Partnerkommune zu finden,“ so Ulrich Nitschkes Erfahrung in der Servicestelle. Auch die Erklärung und der Aufruf der Kommunen beim Weltgipfel 2002 in Johannesburg stoßen in Deutschland auf kein großes Echo.

Das zögerliche Verhalten der Kommunen hat vermutlich zwei Hauptgründe: Nicht genügend Informationen zu den Themen Nachhaltige Entwicklung und kommunale Entwicklungszusammenarbeit und die desolante Haushaltslage in Bund, Ländern und Kommunen.

„Umso wichtiger ist es deshalb, dass die Aktiven zusammenrücken, ihre Arbeit bekannt machen und durch Kooperationen effektiver handeln können“, so Gunther Hilliges, Koordinator des KNSI. Ein wesentlicher Schritt dabei ist der intensivere Austausch zwischen Entwicklungsexperten und Personen aus den kommunalen Verwaltungen. Zwar hat sich in den letzten Jahren bei kommunalen Partnerschaften eine stärkere Zusammenarbeit mit entwicklungspolitischen Organisationen, wie MISEREOR, GTZ, DED¹, entwickelt. Trotzdem fehlt es beiden Seiten an Informationen über einander und die kommunalen Realitäten.

Welche Hilfestellungen brauchen Kommunen, um ihre Entwicklungszusammenarbeit professioneller und erfolgreicher zu gestalten? Welche Serviceleistungen bieten die entwicklungspolitischen Organisationen (auch) den Kommunen an? Was könnte man gemeinsam entwickeln? Antworten auf diese Fragen zu finden, war Zielsetzung des Fachgesprächs. Die Informationen hierüber sind nicht zuletzt eine wichtige Grundlage für die Diskussion mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Um die Umsetzung der Johannesburger Erklärung der Kommunen² auch auf internationaler Ebene zu fördern, wird im Dezember 2003 in Bonn ein „Policy Forum“ stattfinden. 60 Personen, Entscheidungsträger aus Kommunen und Entwicklungspolitik, aus kommunalen Entscheidungsträgern aus Südkommunen und –verbänden kommen zusammen, um ihre Erfahrungen mit

¹ Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), Deutscher Entwicklungsdienst (DED)

² Die Erklärung der Kommunen auf dem Weltgipfel liegt bei der Servicestelle vor (siehe Seite: 41).

kommunalen Partnerschaften auszutauschen und voneinander zu lernen. Veranstalter sind die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt und Towns and Development. Kooperationspartner sind BMZ, GTZ, das Land Bremen und weitere Organisationen.³

Auch Kommunen gestalten Globalisierung

„Früher hieß es in den Diskussionen, dass Außenpolitik nicht Sache der Kommunen, sondern des Staates sei. In den letzten zehn Jahren sind da einige Änderungen sichtbar.“ Das kann Gunther Hilliges mit seiner jahrzehntelangen Erfahrung im Bereich kommunaler Entwicklungszusammenarbeit gut beurteilen. Die auf nationaler Ebene Tätigen haben erkannt, dass die Kommunen über wichtige Potenziale verfügen: Strukturen, Wissen, Erfahrungen, engagierte Menschen. Diese Ressourcen müssen genutzt werden, nicht als Alternative, sondern als Ergänzung zu staatlichen Aktivitäten. Auch das High Policy Forum zeigt, dass sich weltweit etwas bewegt.

Jetzt sind Kommunen gefragt, und sie sollten diese Chance stärker als bisher nutzen. Denn sie haben etwas zu bieten, zum Beispiel in Fragen der Globalisierung. „Globalisierung gestalten heißt auch, sie auf die Füße zu stellen. Die konkreten Probleme, bei denen die Länder des Südens Hilfe brauchen, sind zum Beispiel Krankenhäuser oder Abfallentsorgung. Und diese Bereiche sind bei den Kommunen verankert“, betonte Gunther Hilliges. Umso wichtiger ist es deshalb, die deutschen Kommunen bei ihren entwicklungspolitischen Aktivitäten zu unterstützen und ihre Professionalisierung auf diesem Gebiet zu stärken.

Internationale Politik, nationale Regierungen und Kommunen gehören zusammen, wenn es darum geht, die Weltstrukturen zukunftsfähig zu gestalten. „Auf allen diesen Ebenen und gelegentlich auch zwischen ihnen tut sich was, aber koordiniert ist es nicht“, so die Veranstalter. Das Fachgespräch und die daraus resultierenden Aktivitäten sollen ein Beitrag dazu leisten, damit dies nicht so bleibt.

Weitere Informationen:

Gunther Hilliges, Kommunale Nord-Süd-Initiative (KNSI), c/o Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit, Ansgaritorstr. 22, 28195 Bremen, Fon: 0421/361-2194, Fax: 0421/361-2648, E-Mail: gunther.hilliges@lafez.bremen.de, Internet: www.lafez.bremen.de.

Ulrich Nitschke, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/InWEnt gGmbH, Tulpenfeld 6, 53113 Bonn, Fon: 0228/24 34-634; Fax: 0228/2434-635; E-Mail: ulrich.nitschke@inwent.org
Internet: www.service-eine-welt.de

³ 12.-13.12.2003 in Bonn; die Servicestelle dokumentiert die Veranstaltung bis Ende Januar 2004.

► Ebenen: Kommunale Entwicklungspartnerschaften aus Sicht verschiedener Akteure

Kommunale Partnerschaften aus Sicht des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED)

Kay Andraschko informierte über die Tätigkeiten und Angebote des DED, die für kommunale Partnerschaften von Interesse sein können. Er ist Leiter der Abteilung 'Demokratieförderung und Kommunale Selbstverwaltung'.

Stärkung der Kommunen durch Entwicklungszusammenarbeit

Der DED hat zurzeit 250 Fachkräfte in 40 Länder entsandt. Sie bleiben dort mindestens zwei und höchstens fünf Jahre. 110 dieser Fachkräfte in 24 Partnerländern sind beim Auf- und Ausbau von Kommunalverwaltungen und kommunalen Spitzenverbänden tätig. Als oberstes Ziel ihrer Arbeit bezeichnete Kay Andraschko die Stärkung der Kommunalverwaltungen. Die einzelnen Aufgabenfelder sind: Kommunale Entwicklungsplanung, Verbesserung kommunaler Dienstleistungen, Umsetzung der Agenda 21, kommunale Finanzen und zivilgesellschaftliche Strukturen.

Vereinzelt arbeiten DED-Fachkräfte auch in Städtepartnerschaftsprojekten, wie vor einigen Jahren bei der Partnerschaft Bonn-La Paz (Bolivien). Als aktuelles Beispiel nannte Kay Andraschko die Städtepartnerschaft Chemnitz-Timbuktu (Mali). Eine DED-Fachkraft verwaltet Gelder für die Projekte und berichtet in Chemnitz über die Arbeit in Timbuktu. Diese Möglichkeit, kommunale Partnerschaftsprojekte durch eine DED-Fachkraft personell zu begleiten, wird bisher kaum genutzt. Vermutlich weil sie zu wenig bekannt ist. Kann also demnächst jede Städtepartnerschaft mit der tatkräftigen Unterstützung einer gut qualifizierten DED-Fachkraft rechnen? Solche Hoffnungen musste Kay Andraschko enttäuschen: „Natürlich gelten die gleichen Einschränkungen und Bedingungen wie sonst: Arbeitet der DED mit dem jeweiligen Land zusammen? Ist es sinnvoll, ausgerechnet in diesem Ort etwas zu machen? Entsprechen die Themen oder Arbeitsbereiche der Partnerschaft den Aufgabenfeldern des DED in diesem Land? Und, nicht zuletzt, muss das Geld da sein, es gibt kein spezielles Budget für Fachkräfte in Partnerschaftsprojekten.“ Aber eine Anfrage beim DED sollten engagierte Kommunen durchaus wagen, es könnte sich lohnen.

Wo sind die Schwierigkeiten?

Auf Seiten der deutschen Fachkräfte erweist sich häufig als Problem, dass sie die Verwaltungskultur des Partnerlandes nicht kennen, sich nicht zurechtfinden und sich deshalb nicht immer der Situation entsprechend verhalten.

Eine beiderseitige Schwierigkeit, bei den deutschen Fachkräften und auch den einheimischen Partnern, sind falsche Erwartungen und unrealistische Zielvorstellungen. Sie führen mehr oder minder zwangsläufig zu Enttäuschungen und erschweren die Zusammenarbeit.

Ein Problem auf Seiten der Partner ist die oft sehr ausgeprägte Politisierung der Verwaltung. Das führt bei jedem Regierungswechsel, auch auf der kommunalen Ebene, oder bei grundsätzlicheren Kursänderungen dazu, dass das gesamte Verwaltungspersonal ausgetauscht wird. Als Beispiel nannte Kay Andraschko Chile: „Durch einen politisch bedingten Personalwechsel war die Arbeit und Planung von zwei Jahren praktisch umsonst gewesen. Hinzu kommt, dass die Annäherung und das entstandene Vertrauen dann verloren sind. Man muss wieder von vorn anfangen.“

Ein weiteres Hindernis für eine erfolgreiche Zusammenarbeit ist die nicht selten vorhandene Beratungsignoranz bzw. -resistenz.

Als letzten Problempunkt nannte Kay Andraschko die immense Kluft zwischen Ausbildungsstand der einheimischen Verwaltungskräfte einerseits und der ungeheuren Menge und Vielfalt der zu bewältigenden Aufgaben andererseits. „Da soll zum Beispiel ein Entwicklungsplan für eine Kommune oder Region erarbeitet werden. Aber zunächst muss die DED-Fachkraft erklären, was ein Entwicklungsplan ist und warum die Bevölkerung daran beteiligt werden soll.“

Welche Faktoren führen zum Erfolg?

Keine Erfolgsgarantie, aber sehr wichtig ist, dass die politische Spitze, der Bürgermeister, Präfekt oder Vorstand, reformorientiert und durchsetzungsfähig ist.

Die entsandte Fachkraft muss flexibel und tolerant sein und mit dem Partner klare, realistische Zielsetzungen vereinbaren. Interkulturelle Kompetenz ist eine weitere wesentliche Voraussetzung, wenn man in fremden Ländern und Situationen mit Menschen partnerschaftlich zusammenarbeiten will.

Unbedingt notwendig ist ein Minimum an materieller Ausstattung und an intellektueller Kapazität, also ein gewisses Maß an Wissen und Know-how bezüglich der Arbeitsfelder. Um diese Fähigkeiten auszubauen, ist eine Organisationsanalyse zur Ermittlung des Fortbildungsbedarfs nützlich. Und daran anschließend die Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen.

Qualifizierung ist jedoch nicht nur für die Menschen in den Partnerländern notwendig. Alle DED-Fachkräfte absolvieren vor Beginn ihrer Tätigkeit eine spezielle Vorbereitung, acht Wochen in Deutschland und sechs Wochen im Partnerland. Gegebenenfalls wird das auch noch erweitert. „Viele Länder, in die unsere Fachkräfte kommen, haben ein ganz anderes Verwaltungssystem als in Deutschland. Da macht sich der Einfluss der ehemaligen Kolonialmächte bis heute bemerkbar. Wenn also jemand in ein französisch geprägtes Land ausreist, macht er eventuell erst mal ein Praktikum in einer französischen Verwaltung,“ erläuterte Kay Andraschko.

Während des Auslandseinsatzes unterstützt der DED seine Fachkräfte durch verschiedene Angebote. Ein Monitoringsystem, also die Berichterstattung über die Arbeit, und die Entwicklung von Indikatoren ermöglichen den Fachkräften – und natürlich auch dem DED – eine sachliche Auswertung ihrer Tätigkeit. Die Fachkräfte, die in vergleichbaren Arbeitsfeldern tätig sind, treffen sich regelmäßig zu Arbeitskreisen und können dort Erfahrungen und Informationen austauschen, sich aber auch bei Problemen gegenseitig beraten.

Als „backstopper“ für die Fachkräfte sind DED-Länderkoordinatoren tätig. Sie sind für eine Region zuständig, unterstützen die Fachkräfte und vernetzen sie. Dazu Kay Andraschko: „Die Koordinatoren bieten den Fachkräften einen gewissen Rückhalt. Besonders in schwierigen Phasen oder Projekten ist dieser fachliche Blick von außen sehr wichtig und hilfreich.“

Weitere Informationen:

Kay Andraschko, Deutscher Entwicklungsdienst, Tulpenfeld 7, 53113 Bonn; Fon: 0228/2434-237; E-Mail: Kay.Andraschko@ded.de

Kommunale Partnerschaften aus Sicht von engagierten BürgerInnen

Hildegard Peters berichtete über die Aktivitäten des Partnerschaftsvereins Wuppertal–Matagalpa, dessen Vorsitzende sie ist. Matagalpa liegt im Nordosten Nicaraguas und zählt 60.000 bzw. mit den Orten ringsum 120.000 EinwohnerInnen. Wuppertal hat noch mehrere andere Städtepartnerschaften, Matagalpa ist aber die einzige Stadt in einem Entwicklungsland.

Viel wird schon getan

Die Vielfältigkeit der Aktivitäten im Rahmen der Städtepartnerschaft Wuppertal – Matagalpa ist beeindruckend. Da sind soziale Projekte, zum Beispiel die Betreuung von Straßenkindern; Gesundheitsprojekte, wie die Einrichtung von Gesundheitsposten oder kulturelle Projekte, etwa die Grafikwerkstatt in Matagalpa, deren Kunstkalender in Wuppertal ausgestellt und verkauft werden. Schreiner-Auszubildende aus Wuppertal bauen in Matagalpa Schulmöbel, Stipendiaten aus Matagalpa nehmen an einem einjährigen InWEnt-Fortbildungsprogramm „Zukunftsfähige Infrastrukturentwicklung“ teil und absolvieren drei Monate ein Praktikum in Wuppertal. Und das ist noch lange nicht alles.

Auch die Liste der Kooperationspartner, die Hildegard Peters präsentierte, ist lang. In Wuppertal selbst ist natürlich die Stadt mit verschiedenen Dienststellen eingebunden, aber auch der Kirchenkreis Barmen, der Peter Hammer Verlag oder die Gewerkschaften engagieren sich. Auf Landesebene beteiligt sich der Partnerschaftsverein unter anderem am Eine Welt Netz NRW und am Zusammenschluss der Vereine der Städtepartnerschaften mit Nicaragua. InWEnt und der Ausschuss für entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik (ABP) sind zwei überregionale Kooperationspartner und schließlich wird auch europaweit zusammengearbeitet: mit dem Netzwerk der Partnerstädte Matagalpas, zu dem außer Wuppertal die Städte Tilburg (Niederlande), Oulu (Norwegen) und Sabadel (Spanien) gehören.

In Matagalpa beteiligen sich die Stadtverwaltung, der Städtepartnerschaftsverein Matagalpa–Wuppertal, weitere Nichtregierungsorganisationen, Schulen und CEPAD, ein Dachverband evangelischer Kirchen. (Mehr zu den Aktivitäten und Kooperationen in der Anlage 1 in diesem Band.)

Ressourcen oder: Wer macht was?

„Es gibt seitens der Stadtverwaltung durchaus die Bereitschaft zur Kooperation, aber die Initiative muss vom Verein kommen“, meint Hildegard Peters. „Verwaltung und Kommunalpolitik warten darauf ‚geweckt zu werden‘. Dann stellen sie die Infrastruktur der Verwaltung zur Verfügung, bieten Räume an, laden die Gäste aus Matagalpa zu Veranstaltungen ein oder machen Stadtführungen für sie.“

Was andere gesellschaftliche Gruppen betrifft, gibt es unterschiedliche Erfahrungen. Bei PädagogInnen besteht großes Interesse, sich selbst oder zum Beispiel auch die SchülerInnen zu beteiligen. Vertreter der Wirtschaft sind hingegen nur selten zur Mitarbeit zu bewegen. Umwelt- und entwicklungspolitische Gruppen engagieren sich sehr. Hildegard Peters wünscht sich aber, dass es dem Partnerschaftsverein gelingt, noch andere Institutionen in der Stadt stärker einzubeziehen, zum Beispiel das Wuppertal-Institut. „Und wir wollen das Know-how, die personellen und finanziellen Ressourcen von Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit stärker abfragen.“

Wo sind die Schwierigkeiten?

Kommunale Partnerschaften leben überwiegend vom ehrenamtlichen Engagement. Der hohe Arbeitsaufwand für einzelne Projekte ist aber auf ehrenamtlicher Basis kaum zu bewältigen. Neben personellen fehlt es auch an finanziellen Ressourcen. „Bisher wurde vieles durch die GfG-Mittel ermöglicht“, so Hildegard Peters. „Aber wie geht es jetzt weiter, wenn die Landesregierung diese Förderung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit abschafft? Das neue Verfahren ist vermutlich komplizierter.“⁴

Von der Stadt Wuppertal erhofft sich der Verein eine politische Unterstützung zum Erhalt der GfG-Mittel NRW. Denn die Stadt braucht den Partnerschaftsverein. „Die Stadt hat zu wenig Geld, zu wenig Zeit, aber zum Beispiel auch keine Übersetzer. Ohne uns,“ das ist die Erfahrung von Hildegard Peters, „könnten sie nicht viel machen.“ Die Problem der äußerst knappen finanziellen und personellen Ausstattung haben übrigens auch die anderen europäischen Partnerstädte Matagalpas. Rühmliche Ausnahme: Die Stadt Tilburg gibt zu den staatlichen Förderungen und zu gesammelten Spenden Geld dazu. Damit wird zum Beispiel in Matagalpa eine Koordinationsstelle für die laufenden Projekte finanziert.

Bedauerlich findet Hildegard Peters, dass die Zusammenhänge und die gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen dem Norden und Süden, trotz Agenda 21 Programmen, wenig Niederschlag in der konkreten Kommunalpolitik finden. Die Notwendigkeit nachhaltiger Entwicklung ist zu wenigen Menschen bewusst und damit fehlt auch die Basis für politisch notwendige Entscheidungen wie zum Beispiel die CO₂-Reduzierung oder das Dosenpfand.

Welche Faktoren führen zum Erfolg?

„Die Partnerschaft Wuppertal-Matagalpa hat alle Regierungen und politischen Veränderungen gut überstanden“, hatte Hildegard Peters zu Beginn ihres Vortrags gesagt. Was ist notwendig oder hilfreich, damit eine kommunale Partnerschaft so stabil und erfolgreich ist? Dazu nannte Hildegard Peters die folgenden Punkte:

- Entwicklungszusammenarbeit als kommunale Querschnittsaufgabe verankern und eine entsprechende Infrastruktur schaffen;
- konkrete Begegnungen schaffen Beziehungen und damit Bereitschaft zur Veränderung;
- konkrete Aufgaben ermöglichen überschaubares und abgegrenztes Engagement;
- klare Zielformulierungen und konkrete Vereinbarungen;
- im Rahmen von Fortbildungsprogrammen für TeilnehmerInnen aus dem Süden ebenfalls Akteure aus dem Norden qualifizieren;
- Arbeitstagungen auf kommunaler Ebene finanzieren.

⁴ Zu den GfG-Mitteln siehe auch Beitrag von Dr. Thomas Fues, ab Seite 19.

Plädoyer

Begeistert nehmen die TeilnehmerInnen folgendes Plädoyer zur Stärkung kommunaler Beziehungen auf: „Kommunale Partnerschaften erfüllen eine überaus wichtige Funktion im Hinblick auf die Verwirklichung nachhaltiger Entwicklung.

Eine Veränderung des konsumorientierten, ressourcenverschwendenden und umweltschädigenden Lebensstils im Norden kann nur erreicht werden, wenn die Bürgerinnen und Bürger diese Notwendigkeit erkannt haben und dazu bereit sind.

Begegnungen mit Menschen anderer Kulturen, das Kennenlernen ihrer Lebensbedingungen und der Aufbau von Freundschaften schaffen Verständnis für die Ursachen von Fehlentwicklung und wecken die Bereitschaft, Veränderungen mitzutragen und sich zu engagieren.

In der entwicklungspolitischen Bewusstseinsarbeit liegt die eigentliche Bedeutung kommunaler Partnerschaften, die somit eine 'Globalisierung von unten' erreichen kann. Diese Chancen kommunaler Partnerschaften sollten daher weit mehr als bisher genutzt und gefördert werden.“⁵

Weitere Informationen:

Hildegard Peters, Vorsitzende des Partnerschaftsvereins Wuppertal-Matagalpa, Fon: 0202/31 88 63, E-Mail: floepet@wtal.de

⁵ Siehe dazu: Hildegard Peters: Zur soziologischen Bedeutung kommunaler Entwicklungszusammenarbeit in lokalen Agenda 21 Prozessen. Dargestellt an ausgewählten Beispielen. Magisterarbeit im Fach Soziologie an der Fernuniversität Hagen, 2003.

Kommunale Partnerschaften aus Sicht des Deutschen Städtetages

Walter Leitermann ist Leiter des Europa- und Auslandsreferats des Deutschen Städtetages und Stellvertretender Generalsekretär der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas. Seit Beginn der Einrichtung der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt wirkt er aktiv in deren Programmkommission mit. Er gab einen Überblick, welche Aktivitäten der Deutsche Städtetag zu kommunalen Partnerschaften entwickelt hat und für die Zukunft plant.

Der Beitrag des Deutschen Städtetages

„Der Städtetag ist kein Verband zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit, dieses Thema ist nur ein Bestandteil seiner Aufgaben“, betonte Walter Leitermann zu Beginn seines Vortrags. „Aber es ist ein Thema, das in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen hat.“ Die Hauptfunktionen des Deutschen Städtetages bestehen in der kommunalen Interessenvertretung auf nationaler und europäischer Ebene, dem Erfahrungsaustausch und der Information seiner Mitglieder. Diese drei Schlüsselfunktionen gelten auch im Bereich der kommunalen Partnerschaften.

Da die Nord-Süd-Zusammenarbeit beim Deutschen Städtetag nur ein Thema unter vielen ist, war es teilweise schwierig, dem Bedarf der Mitgliedskommunen nachzukommen. Diese Situation hat sich mit der Einrichtung der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, in deren Gremien die kommunalen Spitzenverbände Mitglieder sind, verändert. „Wenn es um Informations- und Erfahrungsaustausch geht, kann der Städtetag jetzt auf entsprechende Angebote der Servicestelle verweisen oder wir führen gemeinsam mit ihr Aktivitäten durch“, so Walter Leitermann.

Der Deutsche Städtetag hat sich daher im Kontext der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) auf Aufgaben konzentriert, die besondere kommunale Bedürfnisse abdecken, für die die Mitgliedskommunen ein Betreuungsangebot ihres Verbandes erwarten bzw. für die er eine besondere Kompetenz als Verband besitzt. Dazu nannte Walter Leitermann die folgenden Punkte:

- Im August 2002 haben der Deutsche Städtetag und die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) einen Kooperationsvertrag abgeschlossen. Ein Schwerpunkt der Arbeit ist die Unterstützung beim Aufbau von Kommunalverbänden in Ländern des Südens. Außerdem hilft der Städtetag mit seinem Wissen und seinen Erfahrungen dabei, dass die Kommunen im Süden ihre Lobbyarbeit gegenüber den nationalen Regierungen aufbauen oder verbessern können. Zu beiden Angeboten besteht bei den Kommunen ein starker Bedarf und eine rege Nachfrage. (vgl. auch Anlage 2, ab Seite 27)
- Zurzeit ist eine Internet-Seite im Aufbau, auf der kommunale Partnerschaften und aktuelle kommunale Projekte zur Nord-Süd-Arbeit zu finden sind.
- Ein weiteres Projekt ist ein Verzeichnis kommunaler Experten der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit, also Personen, die bereits in Entwicklungsländern tätig waren und jetzt in kommunalen Verwaltungen in Deutschland arbeiten, und eventuell für eine weitere Ausreise bzw. zur Beratung bereit stehen.
- Ein Arbeitskreis kommunaler EZ-Experten soll die verschiedenen Akteure vernetzen und die kommunale Entwicklungszusammenarbeit durch praktische Arbeitshilfen unterstützen. Geplant ist zum Beispiel ein Handbuch, das Fragen behandelt, die im Zusammenhang mit Einsätzen von Experten aus deutschen Kommunen in Entwicklungsländern auftreten können, zum Beispiel arbeitsrechtlichen Fragen.
- Der Vernetzung mit kommunalen Erfahrungen in anderen europäischen Ländern dient darüber hinaus ein Arbeitskreis im Rat der Gemeinden und Regionen Europas.

Wo sind die Schwierigkeiten?

Bewusstseinsdefizit, Vernetzungsdefizit und Politikdefizit: Dies sind für Walter Leitemann die Hauptursachen für Probleme bei der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit. Auch wenn in den letzten Jahren die Aktivitäten in der kommunalen Nord-Süd-Arbeit zugenommen haben, ist die Offenheit für das Thema noch zu gering oder, positiver gesagt, durchaus ausbaufähig. „In anderen europäischen Staaten besteht größeres Interesse daran“, so die Erfahrung von Walter Leitemann.

Der Informations- und Erfahrungsaustausch unter den Akteuren in Deutschland ist viel zu gering. Als Beispiel dazu führte Walter Leitemann an, dass das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung etwa 280 Projekte zur Stadtentwicklung fördert. Eine Auflistung dieser Projekte könnte sehr hilfreich sein, damit Kommunen sich informieren können, ob in ihrer Partnerstadt ein solches Projekt gefördert wird, mit dem sie vielleicht kooperieren oder bei dem sie sich gelegentlich Rat holen könnten. Direkt daran schließt sich der dritte Kritikpunkt an: Die kommunale EZ ist nicht in die nationale Entwicklungszusammenarbeit eingebunden. Als rühmliche Ausnahme nannte Walter Leitemann das Pilotprojekt 'Städtenetzwerk Kaukasus'.

Welche Faktoren führen zum Erfolg?

An erster Stelle steht hier für Walter Leitemann das politische Bekenntnis zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit, und zwar das der Stadtspitze ebenso wie das der „großen Politik“ und der kommunalen Spitzenverbände. Beim Bund fand die kommunale EZ in letzter Zeit eine stärkere Anerkennung. Dies zeigen konkrete Aktivitäten wie der Wettbewerb „Global vernetzt – lokal aktiv“ und die Einrichtung der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Signale dafür sind aber auch politische Erklärungen oder Beschlüsse. Zum Beispiel findet sich in der Koalitionsvereinbarung vom Oktober 2002 der Hinweis auf das „entwicklungspolitische Engagement der Städte und Gemeinden“, das die Regierung unterstützt. Auch in den Beschlüssen der Ministerpräsidentenkonferenz vom 1.12.1994 und vom 28.10.1998 wird die Bedeutung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit betont und die Kommunen werden zu Aktivitäten ermuntert. Durch verstärkte Kooperation von Verbänden, NROs und Stadtverwaltungen kann hier ein wesentlicher Beitrag zur Lösung lokaler Probleme geleistet werden.

Um die Verantwortlichen in den Kommunen von der Bedeutung kommunaler Entwicklungspartnerschaften zu überzeugen, empfahl Walter Leitemann, auf vermittelbare Lernprozesse und „Erfolgsgeschichten“ zu setzen, statt zu missionieren und zu ideologisieren. „Man sollte eher die Kraft des guten Beispiels nutzen, als auf die Wirkung von Resolutionen zu hoffen.“

Als letzten Erfolgsfaktor nannte Walter Leitemann eine Analyse der Möglichkeiten und Grenzen kommunaler Entwicklungszusammenarbeit: „Zunächst müssen sich die Aktiven die Stärken der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit bewusst machen und sich dann realistische Ziele für ihre Arbeit setzen. Man darf nicht die Erwartung haben, in einer kommunalen Kooperation die Probleme eines Landes lösen zu können.“

Weitere Informationen:

Walter Leitemann, Deutscher Städtetag, Lindenallee 13-17, 50968 Köln; Fon: 0221/3771-310; Fax: 0221/3771-150; E-Mail: walter.leitemann@staedtetag.de

Kommunale Entwicklungszusammenarbeit aus Sicht des Klimabündnisses

Gotelind Alber ist Geschäftsführerin des Europäischen Sekretariats des Klimabündnis'/Alianza del Clima e.V. Sie berichtete über die Aktivitäten dieser Partnerschaft zwischen europäischen Kommunen und COICA, einem Zusammenschluss von Organisationen der Indianer im Amazonasbecken. Das Klimabündnis wurde 1990 gegründet und hat zurzeit in Europa rund 1.200 Mitgliedskommunen.

Partnerschaft zwischen Kommunen und Regionen

Partnerschaft mit den indigenen Völkern bedeutet für das Klimabündnis, „dass wir sie in ihren Zielen unterstützen, ihre grundlegenden Rechte als Völker zu erlangen und in ihrer natürlichen Umwelt nach eigenen Entwicklungsvorstellungen leben und wirtschaften zu können.“

Gemeinsame Aufgabe der Mitgliedskommunen ist die Ausarbeitung und Umsetzung lokaler Aktionsprogramme zum Klimaschutz und die Zusammenarbeit mit den indigenen Partnern zum Erhalt des tropischen Regenwaldes. In Deutschland hat das Klimabündnis 400 Mitgliedsstädte, vor allem in westlichen Bundesländern. Als erstes ein Bundesland ist Schleswig-Holstein dem Bündnis in 2003 beigetreten.

„Das Klimabündnis ist keine Partnerschaft zwischen einzelnen Kommunen, sondern zwischen den Mitgliedsstädten und indigenen Völkern“, stellte Gotelind Alber in ihrem Vortrag klar. Die politische Zusammenarbeit ist nicht Sache der einzelnen Städte, sondern erfolgt durch die Geschäftsstelle und verschiedene Gremien des Klimabündnis'. Diese übernehmen auch die Organisation der Zusammenarbeit, veranstalten Treffen mit VertreterInnen von COICA und initiieren gemeinsam mit den südamerikanischen Partnern Projekte. Diese Projekte dienen zum Beispiel der Organisationsentwicklung oder dem Erhalt des Regenwaldes.

Die einzelnen Kommunen verpflichten sich, auf lokaler Ebene den CO₂-Ausstoß zu reduzieren, zum Beispiel durch entsprechende Maßnahmen bei der Verkehrspolitik. Und sie unterstützen die Partnerschaftsarbeit und Projektkooperationen durch einen finanziellen Beitrag, jährlich 0,6 Cent pro EinwohnerIn.

Eine weitere Aufgabe der Kommunen ist die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit zum Klimabündnis und zur nachhaltigen Entwicklung allgemein. „Dabei unterstützen wir sie, zum Beispiel indem wir Partner aus dem Süden für Vorträge oder Veranstaltungen vermitteln. Besonders bei Schülerinnen hinterlassen solche Begegnungen einen großen Eindruck und sensibilisieren sie für den Eine-Welt-Gedanken“, meint Gotelind Albers.

Die Geschäftsstelle initiiert auch bundesweite Kampagnen zur entwicklungs- und klimapolitischen Bildungsarbeit und unterstützt Kommunen und Organisationen mit Materialien oder Aktionsideen. Ein jährlich stattfindendes „Event“ ist der Klimabündnis-Aktionstag, der sich mit unterschiedlichen Schwerpunkten einer nachhaltigen Verkehrspolitik widmet. Eine neue Kampagne beschäftigt sich mit dem Thema Erdöl.

Ein Projekt, das die Mitgliedsstädte und die indigenen Völker direkt verbindet, ist das Projekt ProGrün. Für dieses Projekt hat der Künstler Michael Müller 100 indianische Wörter für „grün“ in 100 Bildern dargestellt. Diese Bilder werden den Klimabündnis-Kommunen zum Verkauf angeboten. Aus dem Erlös wird, unterstützt von medico international, die sozial-medizinische Versorgung von brasilianischen Indianern ausgebaut.

Wo sind die Schwierigkeiten?

Zu dieser Frage nannte Gotelind Alber die folgenden Punkte:

- Es fehlt die konkrete positive Vision einer nachhaltigen Entwicklung im Regenwald.
- Die Infrastruktur der Indigenen ist schwach und sie sind meist in der Defensive: gegen Erdölleitungen, gegen Staudämme, gegen Unternehmen, die den Regenwald ausbeuten und zerstören.
- Auch für das Klimabündnis ist die Finanzierung der Arbeit ein zunehmendes Problem. Die Kommunen haben kein Geld und sparen vor allem da, wo es sich nicht unmittelbar auf die Situation vor Ort auswirkt. Die Folge für das Klimabündnis: Die Zahl der Mitgliedsstädte in Deutschland ist 2003 zum erstenmal konstant (bisher nahm sie jedes Jahr zu). Es gibt zwar neue Mitglieder, aber auch erste Austritte – aus finanziellen Gründen.
- Es ist schwierig, konstante Ansprechpartner in den Stadtverwaltungen zu finden, weil es an Personal mangelt. In den letzten Jahren haben häufig Agenda-Büros oder –beauftragte diese Funktion übernommen, aber sie werden weniger.
- Nach den Erfahrungen des Klimabündnis' schärfen lokale Agenda-Prozesse nicht unbedingt das Bewusstsein für globale Zusammenhänge, deshalb ist entwicklungspolitische Bildungsarbeit besonders wichtig.
- Die Vernetzung und Kooperation der verschiedenen lokalen entwicklungspolitischen Organisationen und Partnerschaftsinitiativen klappt selten.

Welche Faktoren führen zum Erfolg?

- Die persönliche Begegnungen und Kontakte bringen Resultate, allerdings ist Kontinuität nötig.
- Die Themenzentrierung; wenn man zum Beispiel beide Seiten des Klimawandels – Verursacher und Betroffene – zusammenbringt, ist die Klimaproblematik, und was man konkret dagegen machen kann, vor Ort vermittelbar.

Gotelind Alber ruft zur Stärkung lokaler Nord-Süd-Beziehungen insgesamt auf und erhofft sich von diesem vielleicht folgendenden Erfahrungsaustausch verbesserte Zusammenarbeit aller Akteure.

Weitere Informationen:

Gotelind Alber, Klimabündnis/ Alianza del Clima e.V., Europa-Sekretariat, Galvanistr. 28, 60486 Frankfurt/Main; Fon: 069/717139-0, Fax: 069/717139-93;

E-Mail: g.alber@klimabuendnis.org;

Im Internet: www.klimabuendnis.org; www.coica.org: Seite der Partnerorganisation COICA (Coordinadora de las Organizaciones Indigenas de la Cuenca Amazónica)

Kommunale Partnerschaften aus Perspektive eines Bundeslandes

Wie werden kommunale Partnerschaften von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen beurteilt? Wie kann ein Bundesland die Kommunen bei ihrer Partnerschaftsarbeit unterstützen? Über diese Fragen sprach Dr. Thomas Fues, seit Mai 2001 Eine-Welt-Beauftragter der Landesregierung NRW. Neben seiner Arbeit für die Landesregierung ist er weiter als wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF) der Gerhard-Mercator-Universität Duisburg und des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) tätig.

Im Folgenden ist der Redetext von Dr. Fues im Wortlaut abgedruckt.

Potenziale kommunaler Partnerschaften

Das Potenzial der kommunalen Partnerschaften wird meist unterschätzt. Es handelt sich jedoch um ein wichtiges Lernfeld für globales Bewusstsein, für gemeinsames Handeln über nationale, kulturelle und religiöse Grenzen hinweg. Die für viele Menschen bedrohliche, Angst auslösende Globalisierung aller Lebensbereiche erfährt hier eine Umkehrung: Anstelle einer passiven Opferhaltung eröffnet sich die Möglichkeit, die komplexen Weltverhältnisse aktiv mitzugestalten.

Die Motive und Interessenlagen in den kommunalen Partnerschaften sind vielschichtig. Ich betone an dieser Stelle den unmittelbaren Nutzen für die Beteiligten bei uns:

- Motivationssteigerung für städtische Bedienstete und PolitikerInnen,
- Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements als wichtige Quelle für sozialen Zusammenhalt und Lebensqualität,
- Gewinn an interkultureller Kompetenz, die im Einwanderungsland Deutschland für das Zusammenleben der Kulturen vor Ort relevant ist,
- Anreicherung der Lern- und Praxisinhalte im schulischen und außerschulischen Bildungssystem,
- Hilfestellung für mittelständische Unternehmen beim Gang auf unvertraute ausländische Märkte.

Was können Bundesländer tun, um kommunale Partnerschaften zu unterstützen?

Bundesländer können eigene Partnerschaften vorbildhaft pflegen. NRW versucht das mit der südafrikanischen Provinz Mpumalanga, Vietnam und drei chinesischen Provinzen. Es ist ein durchaus arbeitsintensiver Prozess, alle Ministerien und Gliederungen der Landesregierung auf ein einheitliches Konzept für die Partnerschaften zu verpflichten. Durch das Mpumalanga-Forum versuchen wir, staatliche und nicht-staatliche Akteure in der Partnerschaft breit zu vernetzen. Darüber hinaus regen wir an, kommunale Partnerschaften im Rahmen der Landespartnerschaft einzurichten (beispielsweise zwischen Düsseldorf und der Provinzhauptstadt Mbombela).

Bundesländer können sich in globalen Netzwerken für nachhaltige Entwicklung engagieren. NRW ist seit kurzem aktives Mitglied des Network of Regional Governments for Sustainable Development (nrg4sd), das 2002 in Johannesburg gegründet wurde (Gauteng Erklärung). Dieser Rahmen ermöglicht kontinuierlichen Erfahrungsaustausch und gemeinsames Lernen in einer

verbindlichen, auf Dauer angelegten Kooperationsstruktur. Eine Vernetzung der regionalen mit den lokalen Globalnetzwerken (z.B. ICLEI) ist sicherlich sinnvoll.

Bundesländer können ihre Kapazitäten und Behörden für kommunale Partnerschaften einsetzen, zum Beispiel staatliche Umweltämter, und auf diese Weise die fachliche Kooperation und den Transfer von Know-how und Technologien auf lokaler Ebene unterstützen.

Bundesländer können Kommunen zur Aufnahme und Weiterentwicklung von kommunalen Partnerschaften ermutigen und befähigen. In vielen Kommunalverwaltungen herrscht Unsicherheit und Ambivalenz hinsichtlich der Partnerschaften. Wenn das Land hier mit gutem Beispiel vorangeht und Kommunen motiviert, zum Beispiel durch Leitfäden und rechtliche Klarstellungen, gewinnen die lokalen Kräfte für kommunale Partnerschaften Aufwind.

Die Bundesländer können finanzielle Mittel für kommunale Partnerschaften zur Verfügung stellen. Laut Regierungsentwurf wird es die alten GfG-Gelder in NRW (2003 21 Cent pro Kopf für jede Kommune vom Innenminister) ab 2004 nicht mehr geben. Stattdessen wird ein neuer Topf beim Umweltministerium in Höhe von 1,5 Millionen Euro jährlich für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit eingerichtet. Die genauen Vergabemodalitäten sind noch unklar, aber auf jeden Fall wird es für interessierte Kommunen weiterhin erhebliche Förderung für kommunale Partnerschaften und andere Eine-Welt-Aktivitäten vor Ort geben.

Die Bundesländer können institutionelle Unterstützung gewähren. In NRW soll die Förderung des hauptamtlichen PromotorInnen-Netztes (über 40 Personen) weitgehend ungeschmälert fortgeführt werden. Diese sind oft stark in kommunale Partnerschaften involviert. Auch über die Landesarbeitsgemeinschaft Lokale Agenda 21 NRW (LAG21), die kürzlich eine Geschäftsstelle in Iserlohn mit Unterstützung des Landes aufgemacht hat, werden kommunale Partnerschaften gefördert. Und nicht zu vergessen, die Serviceleistungen von Agenda-Transfer NRW.

Die Bundesländer können durch ihre Bildungspolitik kommunale Partnerschaften fördern, insbesondere wenn Schulpartnerschaften als Bestandteil dieser Kooperationen ins Leben gerufen werden. Im nächsten Jahr wird die Aktion Tagwerk NRW mit Unterstützung des Schulministeriums eine landesweite Kampagne (voraussichtlich am 15.7.04) für bezahlte Praktika aller SchülerInnen in Wirtschaft und Verwaltungen organisieren. Das Geld soll in Schulpartnerschaften oder andere Nord-Süd-Projekte fließen. Um diesen Tag herum könnten attraktive Begleitveranstaltungen für Kommunale Partnerschaften vor Ort geplant werden.

Ausblick

Ich setze mich für eine deutliche Aufwertung der Kommunalen Partnerschaften ein – vor Ort, in der Landes- und in der Bundespolitik. Zu diesem Zwecke strebe ich an, mit den kommunalen Spitzenverbänden in Nordrhein-Westfalen im nächsten Jahr eine Fachtagung zu Kommunalen Partnerschaften zu organisieren.

Ich meine, wir sollten gemeinsam mit Überzeugung dafür streiten, dass kommunale Partnerschaften und kommunale Entwicklungszusammenarbeit einen eigenständigen, gut ausgestatteten Haushaltstitel beim BMZ bekommen. Nur so werden wir den Ausbruch dieser Arbeit aus der Nische schaffen und das beachtenswerte Potenzial der kommunalen Ebene erschließen können.

Aufgaben des Eine-Welt-Beauftragte der Landesregierung Nordrhein-Westfalen

Zu den wichtigsten Aufgaben des Eine-Welt-Beauftragten gehören:

- Beratung der Landesregierung bei entwicklungspolitischen Vorhaben,
- Begleitung der Landesagenda 21,
- Vorsitz des Eine-Welt-Beirats,
- Dialog mit allen gesellschaftlichen Gruppen zum Thema nachhaltige Entwicklung,
- Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements im Land als Ansprechpartner der Zivilgesellschaft.

Weitere Informationen:

Dr. Thomas Fues, Eine-Welt-Beauftragter, Sitz: Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (MUNLV) des Landes Nordrhein-Westfalen, Schwannstr. 3, 40479 Düsseldorf, Fon: 0211/4566-248, Fax: 0211/4566-424;
E-Mail: Thomas.Fues@munlv.nrw.de

Zum Thema Eine Welt/ Landesregierung NRW: www.munlv.nrw.de/sites/specials/titel.htm

► **Ausblick: Synergien für kommunale Partnerschaften – Nächste Schritte**

Am Nachmittag diskutierten die TeilnehmerInnen des Fachgesprächs, was geschehen sollte, um die kommunale Entwicklungsarbeit zu fördern, und welche konkreten Aktivitäten in der nächsten Zeit gemeinsam in Angriff genommen werden sollen. Die wichtigsten Punkte dieser Diskussion sind hier zusammengefasst.

Veranstaltungen

In vielen Kommunen besteht ein grundsätzliches Interesse an lokalen Partnerschaften und internationaler Zusammenarbeit, aber oft stellen sich eine Reihe von Fragen: Worauf lassen wir uns dabei ein? Was soll oder kann eigentlich konkret getan werden? Wie finden wir eine geeignete Partnerstadt? usw. Es fehlt also an Informationen, Anregungen für Projekte, Kooperationen und mehr. Eine gute Möglichkeit, um interessierten Kommunen Impulse und Wissen zu vermitteln, ist ein Workshop. Geplant ist daher:

Workshop „Kommunale Partnerschaften – wie geht das?“

Mögliche Veranstalter/ Konzeptentwicklung: Entsendeorganisationen wie DED oder AGEH; Agenda-Transfer, InWEnt, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, politische Stiftungen und kommunalen Spitzenverbänden.

Ziel: lokale Partnerschaften fördern

Bei der Diskussion zu dem Workshop wurde der Wunsch geäußert, dass sich solche Veranstaltungen nicht nur an Kommunen, im Sinne von „Rathaus“, städtische Politik/Verwaltung richten sollten, sondern auch an andere Akteure wie Nichtregierungsorganisationen. Daraus entstand die Idee, eventuell einen zweiten Workshop zu konzipieren, der die entwicklungspolitische Bildungs- und Bewusstseinsarbeit fördert und zu anderen Arten von Partnerschaften, zum Beispiel Schulpartnerschaften, anregt.

Workshop „Entwicklungspartnerschaften und Bildungsarbeit“

Mögliche Veranstalter/Konzept: Bremer Arbeitsgemeinschaft für Überseeforschung und Entwicklung, Klimabündnis, Partnerschaftsvereine wie Wuppertal-Matagalpa, Eine-Welt-PromotorInnen, DED, MISEREOR.

Ziel: Das Bewusstsein für die Eine Welt verbreitern und vertiefen.

Für die entwicklungspolitische Bildungs- und Bewusstseinsarbeit wären außerdem mehr Fortbildungsangebote für LehrerInnen wichtig. Dies sollte als Forderung an die Länder bzw. den Bund gestellt werden.

Eine weiterer Vorschlag waren Vorbereitungsveranstaltungen und interkulturelle Trainings für Personen, die im Ausland oder aber hier in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit aktiv sind. Hier muss gemeinsam mit Entsendeorganisationen wie dem DED überlegt werden, inwieweit sie einen solchen Bedarf nachkommen könnten und welche Veranstaltungsarten/ Dauer etc. geeignet sind. Zusammengearbeitet werden sollte mit der Honnefer VZ-Stelle der InWEnt gGmbH (Kontaktaufnahme über die Servicestelle).

Leitfaden zu kommunalen Entwicklungspartnerschaften

Der Leitfaden soll Interessierten/Aktiven umfassende Informationen zu allen Fragen der kommunalen/lokalen Entwicklungspartnerschaften liefern. Denkbar wären folgende Themen:

- Definition/Hintergrundinfos zu kommunalen Partnerschaften: Differenzierung: traditionelle Städtepartnerschaften – kommunale Partnerschaften (früher Aussöhnung nach dem II. Weltkrieg, heute anderer Hintergrund, andere Aufgaben, andere Formen der Zusammenarbeit); juristische Fragen; Finanzierungsmöglichkeiten etc.
- Beispiele nicht nur vorbildlicher Partnerschaften, sondern auch Beispiele dafür, welche Probleme auftauchen und wie man sie lösen kann.
- Serviceteil mit Literatur, Links, Überblick: Wer ist Wo für Was zuständig?

Der Deutsche Städtetag hat in Kooperation mit der GTZ bereits mit der Planung eines Handbuchs begonnen, der Fragen behandelt, die im Rahmen von Einsätzen von Experten aus deutschen Kommunen in Entwicklungsländern auftreten können (siehe Anlage 2, Seite 27). In diesem Vorhaben möchten beide mit der Servicestelle kooperieren. Darüber hinaus wollen KNSI und Servicestelle auch auf die NROs und Agenda Transfer zugehen.

ExpertInnenlisten

Zum Glück muss man nicht alles selber wissen, denn es gibt zu jedem Thema Fachleute. Aber die muss man kennen. Deshalb wäre es gut, wenn möglichst viele Institutionen und Organisationen, ihre „geheimen Wissensquellen“, ihre Ansprechpersonen und ExpertInnen, auch den anderen Eine-Welt-Aktiven verfügbar machen. In diesem Sinne wurde geplant:

Eine Liste von kommunalen Kurzzeit- und Langzeitexperten, also Personen, die in Entwicklungsländern gearbeitet haben und jetzt in kommunalen Verwaltungen tätig sind. Alle sind aufgerufen, die ihnen bekannten Expertinnen der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt zu nennen, die sammelt und wertet gemeinsam mit anderen Institutionen/Organisationen aus – und veröffentlicht natürlich.

Als weiterer Schritt wäre eine Liste von ExpertInnen (Organisationen, Selbstständige) denkbar, die Kommunen zum Thema kommunale Entwicklungszusammenarbeit beraten.

Listen/Infopools zu kommunalen Partnerschaften und Stadtentwicklungsprojekten

Eine Liste der kommunalen Partnerschaften gibt es bereits beim Deutschen Städtetag, allerdings von 1998. Die Liste wird jetzt im Internet veröffentlicht, man hofft auf Ergänzungen/Aktualisierung seitens der Kommunen. Bisher werden nur die Partnerstädte genannt, nicht wer bei der deutschen Kommune dafür zuständig ist.

Um die schnelle Kontaktaufnahme von Interessierten/Kommunen zu ermöglichen, wäre es hilfreich, die Namen der Ansprechpartner mit Telefonnummer, E-Mail zu ergänzen bzw. eine gesonderte Liste zusammenzustellen. Hier kam der Hinweis, dass nicht jeder städtische Partnerschaftszuständige ein EZ-Experte ist. Man müsste bei einer solchen Liste auf Erfahrung und Kompetenz achten. Gut wäre es, Kriterien zu entwickeln, z.B. auch thematische Schwerpunkte der jeweiligen Partnerschaft.

Sehr wünschenswert wäre außerdem, wenn eine Datenbank/Sammlung der von deutscher Seite (BMZ) geförderten Stadtentwicklungsprojekte veröffentlicht würde, damit Kommunen erfahren, ob solche Projekte in ihrer (zukünftigen) Partnerstadt existieren.

Wie geht es weiter?

Zur weiteren und konkreteren Planung der Aktivitäten soll Ende Januar 2004 ein Gespräch stattfinden mit VertreterInnen von: Bremer Arbeitsgemeinschaft für Überseeforschung und Entwicklung, Deutscher Städtetag, DED, GTZ, InWEnt, Rat der Gemeinden und Regionen Europas und Servicestelle Kommunen in der Einen Welt.

Um die Ergebnisse des Fachgesprächs auf die politische und nationale Ebene zu transferieren, soll ein Erfahrungsaustausch mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie den Vorfeldorganisationen stattfinden. Dabei sollen die kommunalen und regionalen Erfahrungen und die daraus resultierenden Anforderungen an die Politik – auch die auf EU-Ebene – im Mittelpunkt stehen.

Geplant ist außerdem ein zweites Fachgespräch zum Thema Kommunale Entwicklungspartnerschaften, an dem möglichst auch internationale PartnerInnen beteiligt sein sollten. Ein wichtiges Thema ist dabei die weltweite Vernetzung und die Umsetzung der Johannesburg-Beschlüsse der Kommunen. Herr Nitschke verweist auf den geplanten 9. Bundeskongress der Kommunen und Eine-Welt-Foren (voraussichtlich November 2004), auf dem Partnerschaften sicherlich ein thematisches Forum haben sollten.

Was kommunale Partnerschaften bewirken können

Entwicklungspartnerschaften sind neben vielem anderen auch dazu geeignet, zur Konfliktbewältigung beizutragen. Von einem eindrucksvollen Beispiel berichtete Gregor Meerpohl von MISE-REOR:

Weltweit sind die zunehmenden Zwangsvertreibungen ein großes Problem. Menschen, die sich in illegalen Siedlungen und Slums am Rand der großen Städte eine äußerst einfache Wohnmöglichkeit geschaffen haben, werden weggejagt – ins Nichts.

Auch in Harare (Zimbabwe), der Partnerstadt Münchens, begannen solche Zwangsvertreibungen. In einem Brief bat der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude seinen Amtskollegen in Harare um Einstellung der Vertreibungen – mit Erfolg. Die direkte Bitte seitens der deutschen Partnerstadt hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Vertreibungen beendet wurden.

Infoquelle für Projekte (auch) zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit

www.gute-beispiele.net Projektdatenbank mit über 400 „Guten Beispielen Nachhaltiger Entwicklung“, eingerichtet von Agenda Transfer, Bonn.

Anlage 1:**Arbeitsfelder im Rahmen der Städtepartnerschaft
Wuppertal - Matagalpa****Soziale Projekte**

- Hormiguitas – Arbeitende Kinder
- Stipendienprogramm
- Radio-Alphabetisierungsprogramm

Gesundheitsprojekte

- Casa Materna (Betreuung von Risikoschwangeren)
- Gesundheitsposten

Kulturelle Projekte

- Grafikwerkstatt in Matagalpa
- Grafikkalenderverkauf und Ausstellung in Wuppertal
- Schwebebahn- und Busprojekt zur Völkerverständigung
- Mural Global
- Konzerte
- Ausstellungen
- Lesungen

Fairer Handel

- Café Wuppertal

Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit

- Schulpartnerschaften
- Mitarbeit bei Eine Welt Wochen
- Regelmäßige Pressearbeit
- Infoveranstaltungen

Austausch- und Begegnungsprogramme

- Workcamps von Schreiner-Auszubildenden
- Delegationen von VertreterInnen sozialer Institutionen
- Praktika von Matagalpiner Jugendlichen in Wuppertal
- LehrerInnenreise nach Matagalpa
(nicaraguanisches Bildungssystem; Schulpartnerschaften)

Stipendiatenprogramm von InWEnt

- InWEnt-Fortbildungsprogramm (ehemals CDG) „Lokale Agenda 21 in der Praxis: Zukunftsfähige Infrastrukturentwicklung“
(2002: 3 StipendiatInnen, 2003: 2 Stipendiaten aus Matagalpa)

Kooperationen

Wuppertal

- Stadtverwaltung; Agenda Büro, Presseamt; Jugendamt; Volkshochschule
- RatsvertreterInnen der Parteien
- AK Städtepartnerschaften
- Stadtbibliothek
- Informationsbüro Nicaragua
- GEPA
- Kirchenkreis Barmen
- Eine Welt Gruppen
- Eine Welt Läden
- Schulen
- Peter Hammer Verlag
- Internationaler Bund für Sozialarbeit
- Gewerkschaften
- Wuppertaler Stadtwerke
- Vereine (u.a. Der grüne Weg e.V.)

NRW

- Vereine der Städtepartnerschaften mit Nicaragua
- Eine Welt Netz NRW
- Exile Kulturkooperative
- Land NRW (u.a. GFG-Mittel)

Bundesweit

- InWEnt gGmbH
- Ausschuss für entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik (ABP)

Europaweit

- Netzwerk der Partnerstädte Matagalpas (Tilburg, Oulu, Sabadel)

Matagalpa

- Stadtverwaltung
- Städtepartnerschaftsverein Matagalpa-Wuppertal
- weitere NGO's (u.a. Movimiento Comunal)
- Schulen
- CEPAD (Dachverband der evangelischen Kirchen)

Anlage 2:**Workshop vom 11.09.03 im Deutschen Städtetag, Köln****“Beratungseinsätze durch Fachkräfte deutscher Städte und Gemeinden in der Entwicklungszusammenarbeit”****Protokoll****I. Bezugsrahmen**

Der Workshop „*Beratungseinsätze durch Fachkräfte deutscher Städte und Gemeinden in der Entwicklungszusammenarbeit*“ wurde im Rahmen des Kooperationsvorhabens „Förderung von Partnerschaften kommunaler Verbände“ von GTZ und DST gemeinsam durchgeführt. **Ziele** der GTZ/DST-Kooperation sind unter anderem:

- Eine gemeinsame Entwicklung von Konzeptionen und Strategien für die Beratung kommunaler Verbände in Entwicklungsländern (EL)
- Ein besseres Angebot zur Unterstützung von Kommunalverbänden und kommunaler Selbstverwaltung in EL durch die Verknüpfung der fachlichen Expertise des DST und der Durchführungserfahrung der GTZ
- Mobilisierung der personellen Ressourcen auf kommunaler Ebene und bessere Motivierung deutscher Städte für kommunale Entwicklungszusammenarbeit (EZ), um so das Know-how deutscher Städte und Gemeinden für die deutsche EZ nutzbar machen zu können bzw. in erhöhtem Maße zu nutzen

Aus diesen Zielen abgeleitet, sollen im Lauf des Projektes konkrete Ergebnisse erreicht werden. Zum einen sollen zur Unterstützung und besseren Kooperation Partnerschaften mit Kommunalverbänden in Lateinamerika, Asien, Afrika sowie Osteuropa/Transformationsländer und dem DST aufgebaut werden (Ziel: je eine Partnerschaft pro Kontinent/Region bis zum Ende der Kooperation GTZ/DST), zum anderen soll beim DST eine „Informationsbörse“, eine Art Informations- und Koordinationsplattform eingerichtet werden. Gedacht wurde hierbei z.B. an einen Leitfaden/Reader, der Fragen behandelt, die im Rahmen von Einsätzen von Experten aus deutschen Kommunen in EL auftreten können, an eine Positionierung des DST als „Anlaufstelle“ für Mitgliedsstädte bei Fragen kommunaler Entwicklungszusammenarbeit (u.a. durch eine Verbindung des DST zur GTZ-Außenstruktur) und an eine verstärkte Einbeziehung/ Berücksichtigung von entwicklungspolitischen Fragen bei der internationalen Tätigkeit des DST, insbesondere im Rahmen des RGRE bzw. der EU.

Der Workshop lässt sich dem Punkt „Mobilisierung personeller Ressourcen, Motivierung deutscher Städte für kommunale Entwicklungszusammenarbeit und Erschließung des dortigen Know-hows für die deutsche EZ“ (s.o. „Ziele“) zuordnen; die auf dem Workshop aufgeworfenen Fragen sollen bei der Erstellung des Leitfadens/Readers helfen bzw. in die Erstellung mit einfließen.

- Personalkosten (Wer zahlt was unter welchen Umständen)
- Unsicherheit, mangelnde Transparenz und unvollständige Information bzw. mangelnde Koordination bei Kooperations- / Auftragsprojekten (mangelnder Einblick in die Abläufe der Durchführungsinstitution, unterschiedliche Vorstellungen über den Einsatz und den Umfang von Mitteln bzw. Verständnis/Auftrag von EZ)
- Wichtigkeit der Finanzplanung (→ Kompatibilität der Planungsinstrumente!)
- Controlling

In einem Leitfaden wären hauptsächlich Informationen über den Zugang zu Finanzmitteln, bzw. die Verwendung von Finanzmitteln bei bestimmten Projekten / Projektformen von Interesse. Hauptaugenmerk gälte hierbei vor allem auch den Personalkosten. Eine Übersicht über die einzelnen (auch rechtlichen) Möglichkeiten und Grenzen wäre wünschenswert um Unsicherheiten auszuräumen. Gleichzeitig sollte auch auf Abstimmungsprobleme bei Kooperationsprojekten hingewiesen werden.

2. Arbeitsrechtliche Fragen:

Ausgangssituation:

- finanzielle Situation der Kommunen
- begrenzte Personalressourcen
- unterschiedliche Vorgehensweisen der Kommunen/Durchführungsorganisationen
- Bedenken bei längeren Auslandsaufenthalten, von Seiten der Kommunen, wie auch der einzelnen Mitarbeiter, die in der EZ tätig werden

Da der konkrete Fall im Prinzip einer Einzelprüfung bedürfte, wurde vorgeschlagen, eine Checkliste mit Kriterien zu erstellen, anhand derer Fragen gelöst bzw. Unsicherheiten reduziert werden können, als da wären:

- Besteht ein dienstliches Interesse der entsprechenden Stadt, sich entwicklungs- politisch zu engagieren (politisch, wirtschaftlich, Städtepartnerschaft, Lern- partnerschaft)?
- Umgang mit Personalmangel /-abbau
- Verpflichtung zum Auslandsaufenthalt durch Vorgesetzten (bei entspr. Eignung des Experten) oder nur wenn Eigeninitiative vorliegt?
- Freistellung ja / nein
- Sonderurlaub mit / ohne Fortzahlung der Bezüge
- Beurlaubung vs. Dienstreise
- Kurzaufenthalt vs. Langzeitaufenthalt
- Formale Fragen (Krankenkasse, Versicherung, Impfungen, Klima)
- Fragen der Vertragsgestaltung und Vorgehensweisen verschiedener Projektträger
- Gestaltung von Beraterverträgen (mögliche Punkte s.o.), Spesen, Kostenübernahmen
- Fragen der Nebentätigkeit

3. Vorbereitung und Durchführung

Bei diesem Punkt ging es vor allem um Schwierigkeiten, die dem einzelnen Mitarbeiter bei der Arbeit in der EZ begegnen können und die Rolle, die die Vorbereitung auf die Einsatz dabei spielt.

Ausgangssituation:

In der Regel sehr hohe Anforderungen, besonders an die sprachliche und soziale Kompetenz der Mitarbeiter / Experten in der EZ



Probleme, die sich in der Praxis daraus ergeben können:

- Hohe Anforderungen an das Personal bringen hohe Kosten mit sich (gutes Personal ist meistens teuer!)
- Sprachkenntnisse sind oft zu gering um komplexe Sachverhalte erfassen und entspr. Beratung leisten zu können
 - Dolmetscher → Kosten und möglicherweise schwierigere Integration vor Ort
- Kulturelle Unterschiede (Religion, Mentalität, Sitten und Gebräuche, etc.) können die Mitarbeiter vor Ort vor ungeahnte Probleme stellen
 - Probleme bei der Integration und Partizipation (z.B. mangelnde Akzeptanz des Mitarbeiters in der Zielgruppe)
 - Schwierigkeiten bei der Problemerkennung und –vermittlung (z.B. unterschiedliches Demokratieverständnis, Rollenverständnis, etc.)

Um Probleme, die sich aus den sprachlichen und kulturellen Unterschieden ergeben können, zu reduzieren, ist es nötig solche Unterschiede schon in der Projektvorbereitung zu berücksichtigen. Ein hohes Maß an Eigeninitiative der Mitarbeiter ist dabei vor und während des Projektes wichtig und vorteilhaft.

- Schaffung eines Bewusstseins für kulturelle Fragen / Unterschiede. Sowohl Sensibilisierung der Mitarbeiter wie auch der Kommunen.
- Der Mitarbeiter sollte sich seiner eigenen (v.a. sprachlichen) Grenzen bewusst sein
- Es gilt, sich vor dem Aufenthalt zu informieren über:
 - die Kultur des Landes
 - die politischen und sozialen Rahmenbedingungen des Landes
 - Klima, Währung, Unterbringung, Gesundheitsfragen, Aufenthaltsformalitäten

Größere Probleme gibt es hierbei, wenn die Kommune in Eigeninitiative handelt, weil das fachmännische Know-how nicht in dem Maße vorhanden ist wie bei Institutionen, die professionell im Bereich der EZ tätig sind (z.B. GTZ). Bei Kooperationsprojekten werden Einführungskurse der Partnerinstitutionen meist nur bei Langzeiteinsätzen angeboten (InWEnt/DSE Vorbereitungsstätte Bad Honnef).

Deswegen sollte in einem Leitfaden darüber hinaus auch auf Informationsquellen hingewiesen werden, die die Kommunen nutzen können, wie zum Beispiel Länderinformationen des Auswärtigen Amtes und anderer Institutionen wie InWEnt, Nutzung der „Mi-

grantencommunities“ aus den jeweiligen Gastländern, die in der entsendenden deutschen Kommune leben, etc.

4. Projektmanagement

Durchgehend wurde von den Teilnehmern der hohe Bedarf an Information, Kommunikation und Koordination festgestellt. Nicht nur im Rahmen konkreter Projekte, sondern auch schon bei allgemeinem Interesse von Kommunen sich in der EZ zu engagieren (s.u.).

Bei Kooperations- /Auftragsprojekten wurde vor allem als wichtig erachtet:

- eine gute Einbindung kommunaler Experten in das Projekt
- klare Projektbeschreibung und Definition des Projektes (Ziele, Zielgruppen, Mittel, Partner vor Ort, etc.)
- Transparenz der Abläufe und Entscheidungsfindung innerhalb der durchführenden Institution, damit kommunale Experten diese nachvollziehen können
- Eine bessere Kommunikation von EZ-Organisation (z.B. GTZ) und kommunaler Verwaltung. Zum Beispiel wäre ein verbindlicher Ansprechpartner innerhalb der EZ-Organisation wünschenswert
- Entweder gemeinsame Formulierung von Projektzielen (bzw. gemeinsame Prüfungsmission vor Projektbeginn/Projektplanung), um Unklarheiten zu vermeiden, oder bessere/mehr Informationen über das Projekt an die kommunalen Experten weitergeben.
 - Vermeidung von Unklarheiten über die Struktur des Projektes und dessen Vorgehensweise (Operationsplanung) schon im Vorfeld
- Klare Aufgabenzuweisungen und Regelung der Kompetenzen
- Berücksichtigung unterschiedlicher Arbeitsweisen und Verwendung unterschiedlicher Instrumente → mögliche Synergieeffekte durch Lernen auf beiden Seiten (nicht nur innerhalb des Projektes sondern auch langfristig durch Übernahme effektiver u. effizienter Arbeitsweisen)
- Bessere Beratung der Experten auch bei der Reisevorbereitung (s.o.)

5. Information, Kommunikation und Koordination

Es wurde bemängelt, dass das derzeitige Angebot an Informationen über kommunale EZ sowie das Maß an Kommunikation und Koordination innerhalb der kommunalen EZ, nicht der aktuellen Nachfrage entspricht, um ein Engagement von Kommunen in der EZ wesentlich zu erleichtern und um Synergieeffekte zu nutzen. Ein verbessertes Angebot würde es sowohl für die Kommunen einfacher machen, die schon in der EZ tätig sind, als auch für die Kommunen, die Interesse haben und vielleicht noch tätig werden wollen. Das Kooperationsvorhaben von GTZ und DST wurde vor diesem Hintergrund begrüßt, da sich das Projekt u.a. gerade mit dieser Thematik/Problematik befasst und Projektziele wie „Errichtung einer Informations- und Koordinationsplattform“ und „Aufbau eines Netzwerkes“ für kommunale EZ dem Bedarf in diesem Bereich entgegenkommen. Folgende Funktionen müssten, hinsichtlich der bestehenden Mängel, bei der Umsetzung der Projektziele erfüllt werden:

Informations- und Koordinationsplattform:

- Informationsfunktion
 - Informationen über Länder in denen die deutsche EZ aktiv ist/wird und mit welchen Schwerpunkten / Themenbereichen
 - Informationen über laufende und geplante Projekte
 - Bestandsaufnahme der Aktivitäten deutscher Kommunen in der EZ
 - Übersicht und Informationen über die Akteure (Geber, Förderer, Durchführungsorganisationen, etc.) die für die deutsche EZ relevant sind
 - Aufzeigen von Möglichkeiten kommunalen Engagements in der EZ, z.B.:
 - Wie kann die EZ der deutschen Kommunen vor Ort aussehen? Welche strategischen Partnerschaften können vor Ort eingegangen werden?
 - Welches kommunale Know-how ist für die EZ relevant?
 - Mögliche Vorteile für die eigene Verwaltung? (Lernpartnerschaften, internationale Erfahrung, good practices aus EL, methodische Innovationen, z.T. Anwendung des EZ-Planungsinstrumentariums)
 - Hilfe/Beratung bei den bisher genannten Fragen und Problemen (s.o.)

- Koordinationsfunktion
 - Genereller Ansprechpartner für die Kommunen bei Fragen und Problemen
 - Ansprechpartner für Institutionen im Bereich der EZ, die Verbindung aufnehmen wollen zu dt. Kommunen bzw. Experten in dt. Kommunen (Herstellung von Kontakten, Verwaltung der Expertendatenbank, etc.)
 - Koordination bei der Zusammenarbeit von dt. Kommunen mit Durchführungs- und Geberorganisationen bzw. anderen Verbänden (international; vor Ort, etc.) in der EZ.
 - Verbindungsfunktion und Koordinationsfunktion innerhalb des Netzwerkes (s.u.) sowie Pflege der Kontakte zwecks besserer Kommunikation allgemein sowie in der Planungs- und Durchführungsphase der Projekte
 - Koordination der Aktivitäten der kommunalen EZ und Nutzung von Synergieeffekten
 - Unterstützung bei der praktischen Umsetzung kommunaler EZ

Netzwerk:

Aufbau eines Netzwerkes mit Kontakten zu nationalen und internationalen Akteuren sowie zu Experten in der EZ und gleichzeitige Herstellung von Kontakten zu möglichen Partnern (z.B.: Kommunale Verbände, Institutionen und Personen vor Ort, Regierungsstellen, Städte und Regionen)

→ Erfahrungsaustausch und Ansprechpartner auf allen Ebenen

Akzeptanz kommunalen entwicklungspolitischen Engagements

Zur politischen Unterstützung des Engagements deutscher Kommunen und deren Mitarbeiter in der EZ und um die Kommunen und den DST in der EZ national wie international zu positionieren wurde es als vorteilhaft erachtet, wenn - im Sinne der in der rot-grünen Koalitionsvereinbarung vom Oktober 2002 herausgestellten Bedeutung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit – der DST und andere deutsche kommunalen Spitzenverbände eine Grundsatzerklärung hinsichtlich ihrer Einstellung zu / Positio-

nierung in der deutschen EZ abgeben würden. So könnte die kommunalpolitische Akzeptanz eines Engagements in der EZ verbessert werden und es könnte Fragen wie „Was geht das uns an!“ seitens der Kommunen besser begegnet werden.

Es gilt dabei nicht nur die Relevanz kommunalen Engagements und Know-hows für die deutsche EZ und deren Zielgruppen zu verdeutlichen sondern auch hervorzuheben, dass deutsche Kommunen von der EZ direkt wie indirekt profitieren können. Ein klareres Bekenntnis der Kommunen würde nicht nur die Tätigkeit des Kooperationsvorhabens von GTZ und DST vor einen anderen Hintergrund stellen, sondern auch die bisherige Arbeit der Kommunen und der Mitarbeiter erleichtern. Zudem würde ein politisches Bekenntnis zur Bedeutung und Relevanz der kommunalen EZ die internationale Positionierung des DST und deutscher Kommunen stärken.

Programm

Beratungseinsätze durch Fachkräfte deutscher Städte und Gemeinden in der Entwicklungszusammenarbeit

Workshop im Deutschen Städtetag

**Köln, 11. September 2003
(11.00 –16.00 Uhr)**

Beginn der Veranstaltung 11 Uhr

- | | | |
|--------------------------|--|--------------------|
| TOP 1: | Begrüßung | /Leitermann (DST) |
| TOP 2: | Einführung: Ziele der Kooperation DST/GTZ | /Handloegten (GTZ) |
| TOP 3: | Ausführliche Vorstellungsrunde der Teilnehmer | |
| TOP 4: | Bestandsaufnahme der Schwierigkeiten bei der Durchführung von Beratungseinsätzen in Entwicklungsländern durch Mitarbeiter deutscher Städte und Gemeinden | |
| 13.00 Uhr –
14.00 Uhr | Mittagspause | |
| TOP 5: | Diskussion: Probleme und Lösungsansätze | |

Anlage 3:

Multilaterale Partnerschaften für Kommunale Entwicklung/KATE e.V. Stuttgart



“Wir können den Kern eines lokalen Problems am besten verstehen, indem wir kennen lernen, wie andere unter verschiedenen kulturellen, wirtschaftlichen oder technischen Gegebenheiten einen ähnlichen Fall gelöst haben”
(Jaime Valenzuela, ICLEI)

participa!eco

Was ist es?

In Participa.eco haben sich verschiedene Organisationen und Gemeinden aus Ländern des Südens und des Nordens zusammengeschlossen, um sich über kommunale Entwicklungsprobleme und deren Lösungswege auszutauschen sowie multilaterale Partnerschaften zu bilden. Dabei werden solidarische statt konkurrierende Beziehungen zwischen den Organisationen des Südens und demokratische statt hierarchische Beziehungen zwischen denen des Nordens und Südens aufgebaut - eine andere Art der Kooperation. Wir wollen die komplexen Beziehungen zwischen Lokalem Handeln und globalen Zusammenhängen hinterfragen und mitgestalten.

Beteiligt sind bei Participa.eco Gemeinden und Akteure aus Cuba, Zentralamerika und Deutschland.

Die lokale Ebene - Lokale Agenda 21-Prozesse und Umweltprojekte

Wirtschafts- und Sozialstruktur, staatliches Institutionengefüge und Organisationsstrukturen der Bevölkerung sind in jeder Partnergemeinde grundlegend verschieden. Gemein sind jedoch allen Gemeinden die prekären Lebensbedingungen, unter denen insbesondere die ländliche Bevölkerung leidet. In der Regel kümmern sich die städtischen Gemeindeverwaltungen zu wenig um die Belange der Landbevölkerung.

Die beteiligten Organisationen (NGOs) arbeiten seit langen Jahren in den ländlichen Gebieten ihrer Gemeinde, in der Gesundheitsversorgung, der ökologischen Landwirtschaft, der Umweltbildung und in der Beratung von Bauern. Über ihre themenspezifische Beratungsarbeit hinaus engagieren sie sich seit einiger Zeit auf kommunaler Ebene für die Entstehung von sogenannten "Runden Tischen", an denen mit Vertretern der Kommunalverwaltung, mit staatlichen Repräsentanten des Gesundheits- und Erziehungsministeriums und mit privaten und lokalen Organisationen konkrete Probleme und Maßnahmen diskutiert, konzertiert und koordiniert werden sollen. In fast allen Gemeinden ist eine solche Struktur rudimentär bereits vorhanden. Als langfristiges Ziel wurde die Idee formuliert, gemeinsam einen kommunalen Entwicklungsplan zu erarbeiten, der nicht nur punktuelle Veränderungen bringt, sondern strukturbildend für die Gemeinde wirkt.

Dahinter steckt bei allen Participa.eco-Mitgliedern die Erfahrung, dass allein Umwelt-, Gesundheits- oder Landwirtschaftsprojekte die Situation von ländlicher Armut und Ausgrenzung nicht ändern werden, wenn sie nicht gleichzeitig an den strukturellen Ursachen von Armut rütteln. Zivilgesellschaftliches Engagement und kommunalpolitisches Interesse der Funktionsträger in Politik und Wirtschaft für ländliche und städtische Entwicklungsprozesse müssen innerhalb

einer Gemeinde aufeinandertreffen. Dafür sind sogenannte "Konzertaktionsprozesse" auf lokaler Ebene und "Lokale Agenda 21-Prozesse" eine gute Methode. Solche Prozesse sollen nicht inhaltslos oder im luftleeren Raum geschehen, sondern sich an der Lösung eines vorhandenen Umweltproblems entwickeln, z.B. Abfallmanagement. Was soll sich ändern: Die Gemeindeverwaltungen übernehmen (auch finanzielle) Verantwortung für die kommunale Entwicklung; Regierende und Regierte konstruieren Kooperationen in gemeinsamer Verantwortung; politische Strukturen lassen die Beteiligung der ländlichen Bevölkerung zu.

Lokale Agenda 21 ist als Methode und als Produkt zu verstehen und auf beiden Ebenen abhängig von der Art der Umsetzung durch die Akteure.

Die globale Ebene - multilaterale Partnerschaften

Sieben Organisationen aus verschiedenen Gemeinden und Ländern haben Ende 1999 diese "multilaterale Partnerschaft für kommunale Entwicklung" Participa.eco initiiert, um solchen "Lokale Agenda 21-Prozessen" durch den Austausch mit anderen Gemeinden mehr Dynamik zu verschaffen und dabei eine neue Art von Kooperation zu initiieren. Die Organisationen des Südens geraten im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit häufig in eine Konkurrenzsituation gegenüber den "Gebern" des Nordens. Mit dieser Tendenz wollen wir im Rahmen von Participa.eco brechen. Die Süd-Süd-Kooperation im Rahmen von Participa.eco zielt bewusst auf den Austausch von Wissen und Ressourcen. Durch die Zusammenarbeit zwischen Organisationen des Südens und des Nordens soll eine gleichberechtigte Beziehung geschaffen werden, d.h. Entscheidungen werden gleichberechtigt getroffen.

Die meisten der derzeit amtierenden Bürgermeister haben sich für Participa.eco bereits begeistert, die Mitarbeit der Kommune zugesagt und eigene Interessen und Impulse eingebracht. Dabei haben sich als thematische Schwerpunkte Abfallmanagement, erneuerbare Energien und Ökologische Landwirtschaft herausgebildet.

Wie können multilaterale Partnerschaften umgesetzt werden?

- Fachkräfte und Basisorganisationen organisieren gegenseitige Besuche, in deren Rahmen die beteiligten Gemeinden des Südens Kenntnisse und Erfahrungen austauschen.
- An Weiterbildungsmaßnahmen in einer Kommune nehmen Personen aus den anderen Südgemeinden teil.
- Zwischen Schulen, Umweltgruppen, Kommunalverwaltungen und Wirtschaftsakteuren werden Partnerschaftsprojekte aufgebaut (Ökologische Bauernhöfe, Unternehmen aus dem Abfallmanagementbereich).
- Akteure mit vergleichbaren Kompetenzen, wie die Bürgermeister, Vertreter der "Runden Tische" oder Umweltgruppen aller Gemeinden nehmen an gemeinsamen Weiterbildungen teil und formulieren gemeinsame Aktionspläne.
- Fachkräfte des Südens können im Norden und Fachkräfte des Nordens im Süden konkrete Arbeitserfahrungen machen (Fachkräfteaustausch).
- Gemeinsame Erarbeitung von Arbeitsmaterialien zu Lokale Agenda-Themen und Umweltbildung.

Wer ist bei Participa.eco beteiligt?

Aus dem Süden sind Akteure aus Guatemala, El Salvador, Nicaragua, Mexiko und Cuba beteiligt, aus dem Norden Organisationen aus Deutschland.

KATE, die Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung e.V., hat den Zusammenschluss Participa.eco Mitte 1999 ins Leben gerufen und seitdem kontinuierlich unterstützt. Mit den meisten Projektpartnern des Südens unterhalten wir eine langjährige Beziehung. Der kubanische Kollege Carlos Rodriguez, der als Fachkraft des Südens über einen Vertrag mit Dienst in Übersee bei KATE arbeitet, koordiniert von Deutschland aus Participa.eco, insbesondere die meist über e-mail funktionierende Kommunikation und die Vor- und Nachbereitung von Seminaren und Projekten.

KATE hat seit 1993 beim Aufbau der Städtepartnerschaft Cajamarca-Köpenick einschlägige Erfahrungen in der Beratung von Lokale Agenda 21-Prozessen und kommunalen Partnerschaften gemacht. Diese Erfahrungen nutzen beim Aufbau von Participa.eco. Derzeit ist Rostock an einer Teilnahme interessiert. Zur Zeit bereitet KATE mit dem lokal Agenda Büro und Ökohaus in Rostock ein Umweltbildungsprojekt für Schulen vor. Diese Schulen sind außerdem in eine Schulpartnerschaft mit Gemeinden in Guatemala eingebunden.

ACCSS, der Verein zur Koordination von Basisgesundheitsversorgung, ist in der Gemeinde Ixcán in Guatemala tätig. Vor sechs Jahren, als die Flüchtlinge aus Mexiko und die intern Vertriebenen aus den unbewohnten Gegenden der Tropenwäldern, in die bewohnten Landregionen zurückgekehrt sind, hat die Organisation ihre Aktivitäten von Mexiko nach Guatemala verlegt. Seitdem berät das Team von ACCSS ca. zwanzig ländliche Dorfgemeinschaften in ihrer Gesundheitsversorgung. ACCSS bildet sogenannte Promotoren aus. Das sind Personen aus dem Dorf, die eine Schulung z.B. im Bereich Zahnmedizin erhalten haben und anschließend die Basisversorgung der Bevölkerung in diesem Bereich übernehmen können. Dadurch soll die medizinische Unterversorgung durch Fachkräfte kompensiert werden.

Mit der derzeitigen Gemeinderegierung koordiniert ACCSS viele ihrer Aktivitäten. Der **Bürgermeister Marcus Ramirez** hat die Teilnahme bei Participa.eco zugesagt und sich bereits am zweiten Koordinationstreffen in Berlin im 2001 beteiligt.

Die Gemeindegesetzgebung im Ixcán sieht die Bildung eines Gemeindegremiums für kommunale Entwicklung, COMUDUR, vor. Gemeint ist eine Art "Runder Tisch" mit thematischen Arbeitsgruppen, an dem alle, staatliche und nichtstaatliche Akteure der kommunalen Entwicklung ihre Aktivitäten koordinieren sollen. Derzeit funktioniert diese Struktur mangels Projekten und Finanzen nur schleppend. ACCSS beteiligt sich in der Arbeitsgruppe Gesundheit und Umwelt, und erarbeitet derzeit mit dem Bürgermeister eine Strategie zur Reaktivierung des **COMUDUR**. Die Dorfgemeinschaften sind formal über ihre Repräsentanten im COMUDUR beteiligt und könnten diesen zur Kanalisierung von Projektvorschlägen nutzen, wenn die Funktionsfähigkeit wiederhergestellt ist. Der Ixcán ist eine sehr große Gemeinde mit 71.000 Einwohnern. Die Bevölkerung ist ethnisch sehr verschieden und politisch durch den Bürgerkrieg äußerst polarisiert.

ADM, der Verein zur Kommunalen Entwicklung, hat sich 1994 gegründet, um kleinbäuerliche Familien und Gemeinden in der Region Boaco in Nicaragua bei der Verbesserung ihrer Lebensbedingungen zu unterstützen. Dazu realisiert das zwölköpfige Team Weiterbildungen und technische Beratung zur Ökologischen Landwirtschaft, Angepassten Technologien, Gesundheitswesen und Kommunalentwicklung. ADM hat sein Hauptbüro in Managua und kleinere Büros in den Gemeinden San Lorenzo und Camoapa. In Camoapa arbeitet ADM seit seiner Gründung, inzwischen in 30 ländlichen Dorfgemeinschaften und in zehn Stadtteilen (der Gemeindehaupt-

stadt). Im vergangenen Jahr hat sich in Camoapa eine Gruppe von Vertretern verschiedener Regierungsinstanzen und Nichtregierungsorganisationen gebildet, die bisher unregelmäßig funktioniert, sich aber für eine lokale Koordination von kommunalen Entwicklungsstrategien stark macht. Die Autoritäten der letzten Gemeinderegierung haben sich persönlich für diese Instanz eingesetzt, die neue Gemeinderegierung hat sich nun auch institutionell eingebracht, und damit einen qualitativen Sprung gemacht. Viele wichtige Sektoren aus der Gemeinde haben sich allerdings noch nicht integriert. Es gibt weder eine Vertretung der städtischen Basisorganisationen noch der ländlicher Dorfgemeinschaften. Camoapa ist eine durch die Viehwirtschaft und Großgrundbesitz geprägte Gemeinde.

ADEMUZA, der Verein für Kommunalentwicklung "Zunca-Aquiyuyo", hat sich als Umweltschutzorganisation 1993 in der Gemeinde Atiquizaya im Westen El Salvadors gegründet. Ziel ist es, die kommunale Entwicklung, insbesondere ökologische und soziale Aspekte durch konkrete Projekte zu fördern: Aufforstung, ökologische Landwirtschaft aber auch Bürgerbeteiligung und Menschenrechte. In den letzten Jahren hat ADEMUZA in erster Linie mit Agrarkooperativen und mit Jugendlichen zusammengearbeitet.

Gemeinsam möchte man das entwicklungspolitische Konzept von Participa.eco auch in Atiquizaya umsetzen.

CEDEPA, das Zentrum zur Entwicklung von Tierproduktion, wurde 1995 mit dem Ziel gegründet, die Arbeit von Experten verschiedener Fachrichtungen der Universität Camagüey auf dem Gebiet der Tierproduktion zusammenzuführen. CEDEPA ist der Universität zugeordnet, genießt allerdings einen autonomen Status. Ihm gehört ein landwirtschaftliches Beratungsbüro (OFERTA) an, das der Landbevölkerung Beratungen und Weiterbildungen anbietet. Das Büro stellt die Schnittstelle zwischen der fachlichen Kapazität der Universität und der Zusammenarbeit mit der Bevölkerung dar. CEDEPA arbeitet in der Gemeinde Tagarro im Zentrum des Landes. Die hier lebenden 15.000 Einwohner sind im wesentlichen Kleinbauern und Landarbeiter. Die Bevölkerung organisiert sich auf lokaler Ebene in "Consejos Populares", sogenannte Volksräte, die von der Bevölkerung direkt gewählt werden und für die Lösung der Probleme in der Gemeinde zuständig sind. Der Consejo Popular von Tagarro ist in den letzten Jahren wenig aktiv gewesen, da es an konkreten Projekten gefehlt hat. Die Bevölkerungsbeteiligung ist dadurch zurückgegangen. Nun soll die Organisationsstruktur durch die Durchführung eines Projektes der Organischen Landwirtschaft gestärkt werden.

Was ist bisher passiert?

Auf lokaler Ebene

Im vorhergehenden Punkt wurde erwähnt, welche Akteure in die lokalen Prozesse eingebunden sind und welche Fortschritte es bei der Bildung von Runden Tischen gibt. Die Mitgliedsorganisationen, NGOs und Vertreter der Gemeindeverwaltung, tragen die organisatorische und auch finanzielle Verantwortung für den Dialogprozess, den sie auf lokaler Ebene entfachen wollen. Wenngleich es gewisse Fortschritte zu berichten gibt, stehen diese Bemühungen noch ziemlich am Anfang. Das hat u.a. mit den finanziellen Notwendigkeiten zu tun. KATE hat zwar zugesagt, in dieser Anfangsphase die Beantragung von kleineren Projekten zu unterstützen, mittelfristig liegt diese Verantwortung aber ausschließlich in Händen der lokalen NGO.

Globale Ebene

Bisher haben sich in erster Linie Vertreter der NGOs vernetzt. Wir stehen in einem regen Austausch per E-Mail und haben uns bereits zweimal getroffen, im September 2000 in Antigua, Guatemala und im Mai 2001 in Berlin. Bei beiden Zusammenkünften haben wir unsere verschiedenen Interessen an Participa.eco diskutiert und Aktionslinien vereinbart (Ausgeglichene Nord-Süd-Beziehungen, Methoden der "Bürgerbeteiligung", Lokale Agenda 21, Ökologische Landwirtschaft und Abfallmanagement).

Beim Berliner Treffen war bereits der guatemaltekische Bürgermeister Marcus Ramirez anwesend. Inzwischen haben alle Vertreter der beteiligten Organisationen ihre Teilnahme am kommenden Treffen, das Mitte 2004 in Nicaragua stattfinden wird, zugesagt. Für die Bürgermeisterin von Camoapa, Nicaragua ist das Interesse an "Participa.eco" sogar der Anlass, sich in der Gemeinde auf einen gemeinsamen Prozess mit der Zivilgesellschaft einzulassen.

Zu einem anderen Zeitpunkt sollen die Vertreter der Runden Tische und Basisorganisationen gemeinsame Treffen organisieren.

Nach der Tagung in Antigua, Guatemala haben alle Teilnehmer die Gemeinde Ixcán und die bisherigen Erfahrungen des COMUDUR kennen gelernt. Während der Konferenz in Berlin haben wir Fürstenwalde und Ostpriegnitz-Neuruppin besucht und mit Akteuren der Lokale Agenda 21-Prozesse über ihre methodischen Erfahrungen der Bürgerbeteiligung gesprochen.

<h3>Wie funktioniert Participa.eco und welche Aktivitäten sind geplant?</h3>

Participa.eco funktioniert bisher als ein Koordinationsrat, in dem alle Mitgliedsorganisationen und die beteiligten Gemeinden vertreten sind. Dabei haben die Mitglieder des Nordens gleiche Rechten und Pflichten wie die Mitglieder des Südens und umgekehrt. Vertreter der "Runden Tische" sollen im Koordinationsrat beteiligt sein, sobald sie auf Gemeindeebene eine gewisse Repräsentation genießen.

Die Kommunikation findet über E-Mail statt, jährlich soll auf mindestens einem Koordinations-treffen ein jährlicher Aktionsplan verabschiedet werden.

Welche konkreten Planungen liegen für 2003 und 2004 an?

- Das dritte Participa!eco- Treffen ist im Februar 2004 in Camoapa, Nicaragua.
- Mit und in den Participa.eco-Gemeinden werden Umweltbildungsmaterialien erarbeitet, z.B. eine Multimedia-CD-ROM, die in den Umweltbildungsmaßnahmen vor Ort eingesetzt wird.
- Gemeinsame Weiterbildung für Fachkräfte wie z.B. "Fortbildung zur kommunal Umweltmanagement " von InWEnt
- Erarbeitung von kleinen Projekten vor Ort wie folgende, deren Finanzierung bereits beantragt wurde
 - "Abfallmanagement in der Schule „ Mercedes Monterrosa de Carcamo (CEMMCA)“ A-tiquizaya ins San Salvador.
 - Modellprojekt zur Erzeugung erneuerbarer Energien (Sonnenenergie und Energieerzeugung aus Biomasse) und Sensibilisierung der Landbevölkerung von Joya del Venado, A-tiquizaya

Welche konkreten Aktionen und Ergebnisse sind im Zeitraum von 2001 bis 2003 durchgeführt worden ?

- Im Herbst 2001 wurde von KATE aus **das Schulpartnerschaftsprojekt "Prima Klimapartnerschaften"** initiiert. Projektstage an den deutschen Schulen in Fürstenwalde, Zempow und Rostock führten zu Energieeinsparungen. Diese eingesparten Kosten konnten in Umweltprogramme der Schulen des Südens investiert werden. Schul- und Schülerpartnerschaften und gegenseitige Besuche wurden organisiert und sollten das Verständnis der Jugendlichen für andere und "fremde" Kulturen vertiefen. Umweltbildung wurde unter entwicklungspolitischen Kriterien vermittelt. Folgende Schulen nehmen an den Projekt teil und sind z.T. bereits offiziell eine Schulpartnerschaft mit der jeweiligen Partnerschule eingegangen:

Berlin	
Name	Partnerschule
Vincent-van-Gogh-Oberschule	Instituto Mercedes Monterrosa de Carcamo (CEMMCA)“ Atiquizaya, El Salvador
Friedrich-Engels-Gymnasium	Instituto Nacional Autónomo de Camoapa, Camoapa, Nicaragua
<i>Rostock</i>	
Name	Partnerschule
Gymnasium Große Stadtschule Rostock	Instituto Básico de educación por Cooperativa Chiquirichapa, Quetzaltenango, Guatemala
Ostseegymnasium Rostock	Escuela privada normal Maya la Asunción, Guatemala

- Von einer Studentengruppe der Technischen Universität Berlin wurde im Frühjahr 2002 in Zusammenarbeit mit der kubanischen Mitgliedsorganisation CEDEPA und der Universität von Camagüey **eine Studie zur Bodennutzung** durchgeführt. Die Ergebnisse der vorliegenden Studie flossen in eine nachhaltige ökologische Landnutzung im Untersuchungsgebiet ein. Eine Fortführung des Projektes im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit zwischen CEDEPA, KATE und dem BMZ hat stattgefunden.
- Von April 2002 bis 2003 wurde **ein Projekt zur organischen Landwirtschaft in Camagüey**, Kuba durchgeführt. Zielsetzung war die Verbesserung der Ernährungssituation und der Umweltbedingungen durch die Nutzung von organischem Dünger und regenerativer Energie.
- Im Frühling 2002 sind im Rahmen des **ASA-Süd-Nord Projekt "Abfallmanagement und kommunale Zusammenarbeit im Rahmen lokale Agenda 21"**, drei Personen der Südge-meinden für einige Monate in die deutschen Städte Berlin, Fürstenwalde und Rostock gekommen und drei Personen (Studenten und junge Berufstätige) aus Gemeinden Ostdeutschlands für drei Monate nach Ixcán, um die Prozesse der Lokalen Agenda 21 und Methoden zur Bürgerbeteiligung sowie des Abfallmanagement kennen zulernen, gefahren. Der Aufenthalt der drei Teilnehmer aus El Salvador, Guatemala und Nicaragua hat die bestehenden Kontakte im Rahmen des Participa!eco-Netzwerkes gestärkt und neue Kooperationsmöglichkeiten zwischen Akteuren in Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Mittelamerika aufgezeigt, z.B. neue Schulpartnerschaften zwischen zentralamerikanischen und Berliner/Rostocker Schulen.

Die Gemeinden Zentralamerikas erhielten eine praktische und ausgeglichene Vision über die Prozesse der Agenda 21 sowie des Abfallmanagements. Auftretende Schwierigkeiten in beiden Bereichen konnten diskutiert werden.

Den Stipendiaten wurden durch den Besuch von Projekten und Institutionen sowie Gespräche mit Fachleuten neue Kenntnisse vermittelt, die sie in ihrer Arbeit vor Ort umsetzen bzw. weitergeben können. Außerdem konnten die Zentralamerikaner Unterlagen zu Schwerpunktthemen mitnehmen.

➤ **Förderung der landwirtschaftlichen Selbstversorgung und Initiierung des Agendaprozesses in San Lorenzo, Nicaragua (2001-2003).**

In Bezug auf eine erfolgreiche Selbstversorgung haben die beteiligten Familien die Vorteile einer ökologischen Landwirtschaft und der Diversifikation kennengelernt.

Aufgrund der guten Organisation wurde das Projekt von der Bevölkerung gut angenommen.

Das Projekt hat die Regierenden, die Akteure der Zivilgesellschaft und die Bevölkerung begeistert und zu einer regen Beteiligung angeregt. Das Hauptresultat des Projekts ist, neben der Untersuchung zur Partizipation, vor allem in der Verpflichtung seitens der lokalen Autoritäten zu sehen, die lokale Agenda in den Gemeinden zu verbreiten, welche nicht am Projekt von KATE bzw. ADM teilgenommen haben. Die Autoritäten haben erkannt, dass die eingerichtete Agenda die Ausarbeitung eines Finanzplans für die Bezirke und die Zuwendungsmöglichkeiten von der Regierung für Projekte vereinfacht.

➤ **Lokale Allianzen in Camoapa, Nicaragua (2001-2003).**

Das positive Ergebnis dieses Vorhabens bildet die Grundlage für den Entwicklungsprozess einer lokalen Agenda. Mit dem Projekt hat man es geschafft, die örtlichen Regierungsvertreter, die Abgeordneten der hier ansässigen Regierungsvertreter und die Organe der Zivilgesellschaft sowie die Stadt- und Landbevölkerung für die Entwicklung eines Strategieplanes (lokale Agenda 21) zu begeistern und in diesen Prozess mit einzubeziehen. Alle Beteiligten bilden ein lokales Bündnis, das sich dazu verpflichtet hat, als nächsten Schritt eine lokale Strategie zur nachhaltigen Entwicklung zu formulieren.

➤ **Im Frühling 2003 wurde im Rahmen des ASA-Programms ein Nord-Süd Projekt zur Schulpartnerschaft zwischen Deutschland und Zentralamerika durchgeführt.** Mit dem Besuch der drei Lehrer aus El Salvador, Guatemala, Nicaragua konnten die bestehenden Schulpartnerschaften intensiviert werden. Des Weiteren wurden diese Besuche dazu genutzt, sich über künftige Projekte auszutauschen.

Publikationen

Die Veröffentlichungen können über die Servicestelle kostenfrei bestellt werden (sofern noch nicht vergriffen). Die meisten Publikationen liegen auch als Download auf unserer Homepage vor.

Dialog Global – Schriftenreihe der Servicestelle:

- Heft 1.: Give me hope Jo'hanna?! Von Rio in die deutschen Kommunen nach Johannesburg – von Schwierigkeiten und Erfolgen der Agenda-Prozesse in Deutschland. Oktober 2002. [vergriffen]
- Heft 2.: Pressespiegel 2002. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2002. Dezember 2002. [vergriffen]
- Heft 3.: Globales Handeln lokal verankern. Befragung 2002 der Kommunen und Nichtregierungsorganisationen zum Stand der Lokalen Agenda 21 und der Eine-Welt-Arbeit in Deutschland. Januar 2003.
- Heft 4.: Die Lokale Agenda 21 braucht professionelle Moderation – Eine-Welt-Referenten informieren Moderatoren. Dokumentation einer Informationsveranstaltung am 12.12.2002, Bonn, Februar 2003.
- Heft 5.: Porto Alegres Beteiligungshaushalt – Lernerfahrung für deutsche Kommunen. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 19.12.2002, Bonn, Februar 2003.
- Heft 6.: Faires Miteinander. Leitfaden für die interkulturell kompetente Kommune 2012. Bonn, August 2003.

Publikationen der Servicestelle:

- Konzeption der Servicestelle [vergriffen]
- Profil der Servicestelle (in Englisch und Deutsch verfügbar)
- Kurzprofil der Servicestelle (in Englisch) [in Deutsch vergriffen]
- Dokumentationen "Petersberger Gespräch" / "Petersberger Dialogue" am 18.06.2002 (in Englisch und Deutsch verfügbar)
- Pressespiegel der Servicestelle [laufend]
- CD-Rom zum bundesweiten Wettbewerb „Global vernetzt – lokal aktiv!“ Präsentation der Wettbewerbssieger und des Konzepts, Bonn 2002. (Englisch und Deutsch) [vergriffen]

Material der Servicestelle

- Nr. 1.: Erklärung der Kommunen zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung; und: Aufruf von Johannesburg. Autorisierte Übersetzung in Deutsch.
- Nr. 2.: Local Government Declaration To The World Summit On Sustainable Development; and: Johannesburg Call.
- Nr. 3.: Faires Beschaffungswesen. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 19.11.2002.
- Nr. 4.: Kommunikationstraining für Eine-Welt-Akteure. Tipps und Anregungen zum erfolgreichen Kommunizieren von Eine-Welt-Themen. Dokumentation einer Veranstaltung vom 13.12.2002.
- Nr. 5.: Maastrichter Erklärung zum Globalen Lernen vom 17.11.2002.
- Nr. 6.: Interkulturelle Gärten. Werkstattgespräch zum Thema "Internationale Gärten in Deutschland" 29./30. November 2002 Berlin. Dokumentation.

- Nr. 7.: Erstes bundesweites Netzwerktreffen Bürger- und Beteiligungshaushalt. Dokumentation vom 29.09.2003.
- Nr. 8.: Synergien für kommunale Partnerschaften. Umsetzung der Erklärung der Kommunen zum Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 29.10.2003.
- Nr. 9.: Pressespiegel 2003. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2003. Dezember 2003.

Leporello – Kurzinformationen der Servicestelle

- Kommunalpolitik auf neuen Wegen: Der Bürger- und Beteiligungshaushalt (September 2003).
- Gewusst wie: Ressourcen für Nachhaltigkeitsprojekte (Dezember 2003).

Publikationen in Kooperation mit der Servicestelle:

- Broschüre: Vom Süden lernen. Porto Alegres Beteiligungshaushalt wird zum Modell für direkte Demokratie. Hrsg.: Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, Misereor, DGB Bildungswerk, Aachen, Düsseldorf, Bonn, Neuauflage 2003. [vergriffen]
- Tagungsdokumentation: Agendaprozesse verknüpfen. Die Rolle der Kommunalverwaltungen bei der Sicherung zukunftsfähiger Entwicklung in Zentralamerika und Deutschland. Hrsg.: InWEnt gGmbH, Abtlg. Demokratieförderung und Verwaltungsreformen, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Bonn, 2002. [vergriffen]
- Gemeinsam empfohlene Indikatoren zur kommunalen Nachhaltigkeit. Unter Mitwirkung der Servicestelle und elf weiterer Institutionen entstanden. Bonn, Juli 2003.

Alle Informationen, Termine, Aktivitäten, Tipps und Hintergrundberichte aktuell in den monatlichen *****Eine-Welt-Nachrichten***** der Servicestelle. Kostenfrei! Bestellformular auch auf unserer Homepage.

Über uns

SERVICESTELLE
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

Die öffentlichen Güter stehen zur Disposition:

Privatisierung oder Regulierung?

Zweidrittel der deutschen kommunalen Haushalte sind überschuldet, Cross-Boarder-Leasing oder Bürger- und Beteiligungshaushalt?

Nachhaltige, sozial integrative Stadtentwicklung oder ökonomistisches City Marketing? – Die aktuelle Stadtentwicklungsdebatte ist geprägt von Gegensätzen und Konflikten. Effektiver Einsatz der vorhandenen Ressourcen sowie gangbare Politikmodelle werden angesichts rapider Veränderungsprozesse dringend benötigt.

Alte Gegensätze überwinden, neue – kommunal erprobte Lösungswege aufzeigen, das ist die Herausforderung und der Arbeitsalltag der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Gemeinsam mit europäischen und internationalen Partnerorganisationen suchen wir nach konkreten Problemlösungen für die kommunale Praxis. In vier strategischen Handlungsfeldern setzt die Servicestelle auf Zukunftsthemen: Bürger- und Beteiligungshaushalt; Interkulturelle Kompetenzbildung; Faires Beschaffungswesen und Kommunale Nachhaltigkeitspartnerschaften – das sind Themen, die heute zur Problemlösung beitragen können. Die Servicestelle stellt hierfür, durch finanzielle Unterstützung von Bund und Ländern, professionellen Service in den Bereichen Information, Beratung und Qualifizierung zur Verfügung.

Wir bieten dafür ...

... Information

- unseren internetgestützten Informationspool zu Eine-Welt-Aktivitäten mit den wichtigsten Links und Veranstaltungshinweisen.
- die Eine-Welt-Nachrichten per E-Mail oder auf unserer Homepage.
- den Zugang zur Datenbank www.gute-beispiele.net mit kommunalen Praxisbeispielen.
- eine Übersicht über Finanzierungshilfen (EU, Bund, Länder, Stiftungen etc.).
- Hilfen für die Vermittlung von Eine-Welt-Themen vor Ort.
- Argumentationshilfen für die Kommunalpolitik.
- Öffentlichkeits- und Pressearbeit zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit. Recherche und Veröffentlichung von praktischen Beispielen und Erfahrungen.
- Umfangreiches Angebot von Publikationen

... Beratung

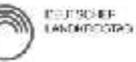
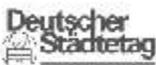
- telefonische Beratung.
- persönliche Gespräche nach einer entsprechenden Bedarfsanalyse.
- Förderung und Vermittlung von Agenda-Partnerschaften.
- Beratung im Projektmanagement und bei der Kampagnengestaltung.
- Vermittlung von ExpertInnen, ReferentInnen und ModeratorInnen (ModeratorInnen-Netzwerk) sowie AnsprechpartnerInnen und ProjektpartnerInnen in aktiven Kommunen.
- Moderation und Mediation

... Qualifizierung

- Interkulturelle Kompetenzbildung; Leitfaden „Faires Miteinander“
- Fortbildungen für Kommunalverwaltungen und Agenda-Aktive.
- Workshops und Fachgespräche zu Eine-Welt-Themen und -Kampagnen.
- Multiplikatoren-Schulungen für ehren- und hauptamtliche MitarbeiterInnen.
- Moderatorentrainings mit erfahrenen Agenda-MediatorInnen.

... Netzworkebildung

- Aufbau und Pflege eines bundesweiten ModeratorInnen-Netzwerkes für Agenda- und Eine-Welt-ModeratorInnen auf unserer Homepage.
- Vernetzung und Kooperation kommunaler Eine-Welt-Akteure über eine interne Projektdatenbank mit beispielhaften Projekten (Vermittlung konkreter Projektpartner).
- Nationale Plattform zum kommunalen Bürger- und Beteiligungshaushalt.



Die Serviceselle wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der Länder Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und der Stadt Bonn.

Mitwirkende: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V., Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke e.V. und Agenda-Transfer NRW.